



Haushalts- und Finanzausschuss

113. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

08. Dezember 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 20:55 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen, Dr. Lukas Bartholomei, Marion Schmieder,
Eva-Maria Bartylla, Dr. Nina Hahne

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Aktuelle Viertelstunde	12
<u>Thema:</u> „Abberufung des Geschäftsführers des Bau- und Liegenschaftsbetriebs Dr. Martin Chaumet“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Aussprache	12
2 Gesetz zur Stärkung des Kreistags	26
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und	

¹ vertraulicher Teil mit den TOP 15 und 16 siehe vAPr 16/70

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12362

Ausschussprotokoll 16/1507 (Anhörung vom 04.11.2016)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)

Der Ausschuss beschließt, die Beratung abzuschließen und
kein Votum abzugeben.

**3 Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen
(Gute Schule 2020) 27**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13496

Ausschussprotokoll 16/1555 (Anhörung vom 08.12.2016)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)

– Der Gesetzentwurf wird ohne Votum an den federführenden
Ausschuss abgegeben. 35

**4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz
2017) 36**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500 und
Drucksache 16/13400 (Ergänzung)

In Verbindung mit:

**Haushaltsvollzug, Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30.
November 2016**

Sachstandsbericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4568

– Abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge
der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2017 (Drucksache
16/12500 und Drucksache 16/13400), in der Fassung nach der zweiten
Lesung.

Schlussberatung zur Vorbereitung der dritten Lesung

– Aussprache 37

Abstimmungen über die Änderungsanträge 61

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/13700 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)

Einzelplan 02: Ministerpräsidentin 61

Zu: Kapitel 02 025, Titel 685 40 61

Antrag der Fraktion der FDP

Zu: Kapitel 05 300, Titelgruppe 63 62

Antrag der Fraktion der FDP

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung 63

Zu: Kapitel 06 100 Titelgruppe 72 63

Antrag der Fraktion der FDP

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales 64

Zu: Kapitel 11 010 Titel 518 01 65

Antrag der Fraktion der FDP

Zu: Kapitel 11 010 Titel 547 11 65

Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN

5 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2017 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2017) 66

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12502 und Drucksache 16/13400 (Ergänzung)

- abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen zum GFG-Entwurf 2017 (Drucksache 16/12502 und Drucksache 16/13400), in der Fassung nach der 2. Lesung,
- Schlussberatung zur Vorbereitung der 3. Lesung

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Konsolidierung des nordrhein-westfälischen Spielbankensektors forcieren und das staatliche Glücksspielwesen auf den Prüfstand stellen – Streit im Landeskabinett darf die ergebnisoffene Prüfung aller Optionen nicht länger torpedieren 67

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11902
Ausschussprotokoll 16/1400

- Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 06.09.2016
- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und CDU bei Enthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

7 Unterhaltsvorschuss in Nordrhein-Westfalen – Alleinerziehenden helfen, Rückgriffsquote steigern, Kommunen entlasten 70

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13528

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu überweisen.

- 8 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2016** **71**
- Vorlage 16/4447
Vorlage 16/4560
- Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 9 Gesundheitsmanagement** **72**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4531
- Keine Nachfragen. 72
- 10 Bearbeitungszeiten von Steuererklärungen** **73**
- Bericht
des Finanzministeriums
Vorlage 16/4556
- Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.
- 11 Konzentrationstendenzen und Fusionspläne in der nordrhein-westfälischen Sparkassenlandschaft** **74**
- Bericht
des Finanzministeriums
Vorlage 16/4566
- Aussprache 74
- 12 Tatsächlich erfolgte Flüchtlingsunterbringung in leerstehenden BLB-Gebäuden und weiteren Landesliegenschaften** **76**
- Bericht
des Finanzministeriums

Vorlage 16/4557	
– Aussprache	76
13 Aktueller Status und bisheriger Vollzug des Gesamtabwicklungsplan der WestLB-Bad Bank Erste Abwicklungsanstalt (EAA)	79
Bericht der Landesregierung Vorlage 16/4567	
– Aussprache	79
14 Haltung des Landes Nordrhein-Westfalen im Streit um die Neuregelung der Bund-Länder-Finzen	81
Bericht der Landesregierung Vorlage 16/4552	
– Aussprache	81

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500 und
Drucksache 16/13400 (Ergänzung)

In Verbindung mit:

Haushaltsvollzug, Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. November 2016

Sachstandsbericht
der Landesregierung
Vorlage 16/4568

– Abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2017 (Drucksache 16/12500 und Drucksache 16/13400), in der Fassung nach der zweiten Lesung.

Schlussberatung zur Vorbereitung der dritten Lesung

(Wortprotokoll auf Wunsch von Ralf Witzel [FDP])

Vorsitzender Christian Möbius: Das Haushaltsgesetz 2017 wurde nach der zweiten Lesung im Plenum entsprechend der von uns in der Sitzung am 24. November 2016 gefassten Beschlüsse unverändert angenommen und ohne weitere Veränderung an uns alleinberatend zurücküberwiesen. Wir schließen in der heutigen Sitzung die Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses mit der Vorbereitung der dritten Lesung im Plenum ab.

Ich darf an dieser Stelle dem Ausschussesekretariat herzlich danken. Das war sicherlich eine ganz besondere Leistung, dieses umfangreiche Kompendium zusammenzustellen, damit wir vernünftig beraten können.

(Beifall)

Der Punkt „Haushaltsvollzug, Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. November 2016“ für die heutigen Haushaltsberatungen wurde von Herrn Kollegen Dr. Optendrenk für die CDU-Fraktion mit Schreiben vom 21. November 2016 beantragt. Es war ein schriftlicher Bericht erbeten worden, und die Vorlage 16/4568 ist am 7. Dezember 2016 eingegangen.

Mit der Vorlage 16/4559, die am 5. Dezember 2016 an Sie vermailt wurde, berichtet die Landesregierung im Nachgang zur Sitzung vom 24. November 2016 über die kw-Vermerke im Haushaltsplanentwurf 2017. In der HFA-Sitzung am 24. November 2016 wurde an die Landesregierung die Frage gestellt, welches Senkungspotenzial sie im Rahmen der Haushaltsanträge und Haushaltsveränderungen bei den veranschlagten

Zinsausgaben sehe. Diese Frage beantwortet der Finanzminister aktuell mit Schreiben vom gestrigen Tage. Dies haben wir als Vorlage 16/4570 verteilt.

Mit E-Mail vom 4. Dezember 2016 hat der Herr Kollege Witzel unter Verweis auf Medienberichte unter dem Stichwort „Vorwurf der Steuergeldverschwendung“ an den Finanzminister durch den grünen Koalitionspartner Auskünfte erbeten. Die Erstellung einer schriftlichen Vorlage war entsprechend der Parlamentsinformationsvereinbarung nicht mehr zu erwarten wegen der entsprechenden Verfristung.

Ich schlage vor, dass wir jetzt zuerst Fragen zu den eben genannten Vorlagen stellen, sodann eintreten in eine Generalausprache für die Schlussberatung, und anschließend, im dritten Schritt, rufe ich das Abstimmungskompendium auf. – Ich sehe, dass wir entsprechend so verfahren können. Ich sehe jedenfalls keinen Widerspruch. Dann darf ich zunächst einmal um Fragen zu diesen Vorlagen bitten. – Herr Kollege Dr. Optendrenk war der erste, dann Herr Kollege Witzel.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Ich möchte von meiner Seite schon einmal anregen, dass, nachdem wir ja nun eine ausreichende Zeit von Generaldebatten geführt haben, dass wir diese Generaldebatte nicht wieder als Generaldebatte führen. Das können wir uns alles in der dritten Lesung im Plenum anhören. Ich würde mich jetzt gerne auf die Vorlagen und Fragen zu den Vorlagen konzentrieren.

Zum Haushaltsvollzug gibt es ja eine Reihe von Besonderheiten unabhängig von der Frage des schon beim letzten Mal thematisierten Dissenses, der auch, glaube ich, nicht ausgeräumt werden kann, ob wir bei dem Steuereinnahmetitel nicht nur kommunikativ entsprechend den Steuereinnahmeansatz erreichen, indem wir nämlich alles Mögliche dazurechnen, was man in Umsatzsteuerverteilungen einfach jetzt anders machen will zwischen Bund und Land. Ich glaube, das ist nicht zielführend, wenn wir das hier auch noch einmal wieder thematisieren.

Die besondere Auffälligkeit an dieser Stelle möchte ich aber schon thematisieren, nämlich bei den Personalausgaben des Landes. Da sagt die Vorlage aus, dass die Steigerung der Dienstbezüge, also der aktiven Bezüge, nur bei 1,8 % und damit weit unter dem prognostizierten Soll liegt. Da wir auch schon mal im Unterausschuss Personal und in der Klausurtagung des HFA im September uns darüber unterhalten haben, in welchem Umfang in welchen Ressorts Stellen nicht oder nur schwer oder später zu besetzen waren, möchte ich die Landesregierung fragen, ob denn die Vermutung richtig ist, dass die Bewilligungen des Parlamentes eben nicht umgesetzt werden konnten in vollem Umfang in entsprechende zu besetzende Stellen, dass das der Hauptgrund für die sehr niedrige Steigerung der Dienstbezüge ist, oder, wenn nicht, welche weiteren Gründe es dafür gibt.

Zweite Frage: Wir haben immerhin eine Basis von etwa 28 Milliarden € an nicht investiven Zuweisungen und Zuschüssen, und da sagt der Ansatz hier aus, dass der um 5,1 % unterschritten wird. Die Darstellung in der Vorlage ist erstaunlich knapp. An der Stelle hätten wir gerne zusätzliche Erläuterungen, denn allein der Hinweis darauf, dass wir noch ein paar Tage haben, ist ein bisschen schwierig zu verstehen, wenn man weiß, dass die Kasse am 5. Dezember regelmäßig schließt. So viele Tage sind es von

heute an nicht mehr. Von daher die Frage: Woran liegt es? Was fließt voraussichtlich noch ab? Und warum fließt es nicht ab? Welche sachlichen Gründe gibt es dafür?

Das wäre dasjenige, was ich zunächst mal gerne fragen möchte.

Ralf Witzel (FDP): Ich wollte, bevor ich meinerseits in die Diskussion einsteige, den Finanzminister bitten, die von mir ihm vorab schriftlich übermittelten Fragen zu beantworten. Sie haben, Herr Vorsitzender, zu Recht gesagt, es gab keinerlei Anspruch – den haben wir auch nicht artikuliert – auf eine Vorabzuleitung schriftlicher Antworten. Ich finde es nur fair, dass, wenn man zu einem politisch relevanten Punkt keine präzise Information hätte, man das hier nicht überfallartig mit Fragen macht, sondern vorher das signalisiert, damit es dann auch zu einer präzisen Beantwortung kommen kann.

Der Vorwurf, der im Raume steht, ist ein ausgesprochen gravierender, nämlich das aus der Koalition heraus behauptet wird, dass die Landesregierung nicht für Zwecke der Regierungspolitik Steuergeld ausgibt, weil das, was kommuniziert wird, veranstaltet wird, bezahlt wird, organisiert wird, keine abgestimmte Regierungspolitik ist. Damit steht ja im Raum, dass Zwecke für etwas anderes als die Bekanntgabe aus dem Amt heraus, beispielsweise für Aktivitäten mit Blick auf bestimmte Termine im Frühjahr nächsten Jahres, hier auf den Weg gebracht werden. Das bedarf der Aufklärung. Deshalb haben wir Ihnen präzise Fragen übermittelt, die wir gerne zunächst mal von Ihnen auch präzise beantwortet hätten.

Vorsitzender Christian Möbius: Gut. Dann steigen wir direkt ein in die Beantwortung der Fragen, die zum einen schriftlich, zum anderen jetzt eben mündlich von Herrn Dr. Optendrenk gestellt worden sind. – Bitte schön, Herr Finanzminister.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Dann möchte ich zum Haushaltsvollzug die Fragen von der Haushaltsabteilung beantworten lassen.

MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM): Da schlage ich vor, dass zu den Investitionsausgaben Herr Tempel etwas sagt und zu der Frage nach den Personalausgaben Herr Landwehr.

MR Carsten Tempel (FM): Zu den nichtinvestiven Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse: Da ist es so, dass wir einen großen Effekt dadurch haben, dass wir im Hochschulbereich viele Selbstbewirtschaftungsmittel ausgebracht haben, wo wir der Auffassung sind, dass die Mittel noch bis zum Jahresende dementsprechend abfließen werden. Daraus kommt dann auch der Teil, wo wir sagen, das sind jetzt zeitliche Verschiebungen im Mittelabfluss, wo wir es wissen. Haushalterisch wird das noch verausgabt werden bis zum Jahresende, sodass wir derzeit noch keine weiteren Erläuterungen dazu geschrieben haben, weil, wenn dieser Effekt rausgerechnet wird, muss man sich der Thematik nochmals erneut widmen. Das ist aber der wesentliche Effekt.

MR Peter Landwehr (FM): Die Frage ist gestellt worden, ob denn die Minderausgaben, die zu erwarten sind, im Haushaltsvollzug 2016 bei den aktiven Dienstbezügen auch auf Nichtbesetzung von Stellen zurückzuführen ist. Dazu ist zunächst anzumerken, dass der Umfang der Personalminderausgaben in diesem Jahr sich einreicht in eine Höhe von Personalminderausgaben, wie wir sie in den letzten Jahren eigentlich regelmäßig gehabt haben. Jetzt haben wir den Monat November abgeschlossen. Von daher ist also fast ein Jahresergebnis zu erkennen. Auch dort werden wieder erhebliche Minderausgaben erst mal nominell im Bereich der Hauptgruppe 4 entstehen. Die Vorlage weist darauf hin, dass davon wiederum in einem erheblichen Umfang aufgrund von Deckungsfähigkeiten ein dreistelliger Millionenbetrag auch in der Hauptgruppe 6 verausgabt wird, den man hier also gegenrechnen muss.

Unabhängig davon – jetzt komme ich auch auf die Stellenbesetzungssituation zurück – ist eine Vielzahl von neuen Stellen geschaffen worden. Dass die nicht durchgängig neben der durch normale Fluktuation entstehenden Wiederbesetzungsnotwendigkeit ad hoc besetzt werden und dauerhaft besetzt werden können, dürfte da auch klar sein. Also, es ist mit Sicherheit ein Faktor, der da auch zu Minderausgaben beigetragen hat. Wie und in welchem Umfang lässt sich allerdings jetzt ad hoc nicht von uns sagen.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Ich kann zuerst sagen, dass nicht notwendigerweise, wie Sie das unterstellen, Herr Witzel, wenn es Veranstaltungen oder Projekte gibt, die nicht der gesamten Landesregierung zuzurechnen sind, das dann schon nicht mehr die rechtmäßige Verwendung von Steuergeldern ist.

Es gibt natürlich Projekte und Vorhaben einzelner Ministerien. Das ist immer so gewesen, und das ist in diesem Fall auch so. Ich kann Ihnen sagen, dass im Vorfeld der Erstellung des Bundesverkehrswegeplans 2030 meine Kollegen Groschek und Duin zusammen mit mir seit Oktober 2014 Vertreterinnen und Vertreter der größten in Nordrhein-Westfalen ansässigen Unternehmen eingeladen haben, um über Verkehrsprojekte und die Möglichkeiten der Realisierung zu reden. Das hat im Regelfall stattgefunden – ich glaube, drei Mal, drei Gesprächsrunden – im Haus des Wirtschaftsministers, auf seine Initiative hin. Daraus ist dann die Idee entstanden, zusammen mit den vor Ort eben an diesen drei Abenden beteiligten Unternehmen oder Verbänden für mehr gesellschaftliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten zu sorgen, und zwar – ich sage das auch noch einmal, weil das ein bisschen untergeht – mit dem Ziel, Öffentlichkeit deutlich früher und umfassender zu informieren und zu beteiligen.

Daraus ist die Idee für eine solche Initiative geworden, die dann am 20. September gemündet ist in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit den Erstunterzeichnern Kammervereinigung hier in Nordrhein-Westfalen, IHK NRW und DGB. Dann sind in der Folge 52 institutionelle Partner dazu gestoßen. Dann hat es, wie Sie wissen, in der vergangenen oder vorvergangenen Woche diese Auftaktveranstaltung gegeben, wo das noch mal gemeinsam dargestellt worden ist.

Also, man kann wirklich sagen, in erster Linie ging es um die Frage Infrastruktur, also den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Verkehrsministeriums. Es ging in zweiter Linie darum, dass das Ganze natürlich deswegen ein Thema ist, weil es mit der Wirtschaftsentwicklung des Landes eng in Verbindung steht, deswegen auch eine Initiative

mitgetragen vom Wirtschaftsministerium. Und es geht um die Beteiligung des Finanzministeriums so wie – das sage ich auch an alle noch einmal – an anderen, zum Beispiel „Gute Schule 2020“ oder in anderen Bereichen, wo auch der Finanzminister mit am Tisch war, Miturheber oder Mitträger einer Initiative ist, weil natürlich die Frage auch immer wieder zu stellen ist, wie denn hinterher unter den Gegebenheiten, die wir haben, auch die Finanzierung dessen aussieht, was wir hier gemeinsam auf den Weg bringen wollen.

Dazu hat es jetzt Fragen gegeben.

Die erste Frage lautet: „Welche Haushaltsmittel sind jeweils in den Jahren 2016 und 2017 für das „Bündnis für Infrastruktur (Bfi) vorgesehen?“ – Für die Aktivitäten sind bislang Haushaltsmittel von rund 38.500 € ausgegeben worden. Diese Kosten werden aus Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr geleistet. Es wird eine Internetseite geben, aber relativ einfach in der Größenordnung von 2.500 €. Weitere Mittel sind für 2016 nicht vorgesehen. Der Mittelbedarf für das Jahr 2017 ist erst zu beziffern, wenn der Rahmen dafür abgesteckt ist. Da gibt es unter anderem Gespräche mit den erst seit der Auftaktveranstaltung feststehenden 54 institutionellen Bündnispartnern.

Zweite Frage: „Für jeweils welche einzelnen konkreten Vorhaben sollen die Mittel in 2016 und 2017 verwenden werden?“ – Zu den Vorhaben im Jahre 2016 habe ich mich schon geäußert. Welche Projekte und Veranstaltungen in 2017 umgesetzt werden, ist noch nicht abschließend festgelegt worden. Vorgesehen ist, die Voraussetzungen für die langfristige Arbeit des Bündnisses zu schaffen. Dazu zählt unter anderem auch eine Geschäftsstelle, die die Einleitung regionaler Bündnisse und die Vorbereitung von Modellprojekten optimierter Bürgerbeteiligungen steuert. Hierfür ist vorgesehen unter anderem als Infrastrukturvorhaben ein möglicher Neubau einer Rheinbrücke bei Wesseling und der Ausbau des S-Bahn-Knotens Köln. Beide Maßnahmen stehen planungstechnisch noch ganz am Anfang. Im Zusammenhang mit diesen Projekten sind bislang zwei weitere Veranstaltungen geplant, für die Mittel aus dem Etat der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen.

Dritte Frage: „Welche finanziellen Aufwendungen bzw. Verpflichtungen sind dem Land bereits bis heute im Zusammenhang mit dem Bfi entstanden?“ – Da kann ich nur auf die Beantwortung der Frage 1 verweisen. Darüber hinaus gibt es keine Verpflichtungen.

Viertens. „Aus konkret jeweils welchen Haushaltstiteln sind die bisherigen Ausgaben bezahlt worden, und sollen zukünftige vorgesehene Aufwendungen noch beglichen werden?“ – Auch dazu, was bezahlt worden ist, habe ich mich schon geäußert. Künftig kommt bezüglich der dort genannten Titel, also Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere MBWSV infrage. Die Aktivitäten des Bündnisses zielen insbesondere darauf, Bürgerinnen und Bürger intensiver zu beteiligen und zu informieren. Deswegen stehen da für die Öffentlichkeitsarbeit Mittel aus dem Landeshaushalt und im Fernstraßenbau auch vom Bund zur Verfügung. Das Bündnis für Infrastruktur plant keine parallelen Vorhaben, sondern will laufende Maßnahmen bündeln und ergänzen. Bürgerinnen und

Bürger sollen künftig stärker darüber aufgeklärt werden, welche Bedeutung eine Infrastrukturmaßnahme auch für die regionale Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze hat.

Fünfte Frage: „Ab wann und in welcher Höhe will die LReg eine eigene Geschäftsstelle des Bfl aus Haushaltsmitteln finanzieren?“ – Die Geschäftsstelle soll bis Mitte Dezember 2016 etabliert sein. Die Aufgaben werden zunächst im laufenden Geschäft der beteiligten Häuser sowie des Landesbetriebs Straßenbau NRW erledigt. In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung des Bündnisses sollen ab Mitte 2017 Aufgaben der Geschäftsstelle auch durch einen externen Auftragnehmer wahrgenommen werden. Der Umfang der hierzu anzusetzender Haushaltsmittel ist abhängig von der Anlage und dem Ausgang der erforderlichen Vergabe. Das ist aber im Moment noch nicht absehbar.

Die sechste Frage war: „Welche personellen Ressourcen wendet die Landesregierung, differenziert nach den einzelnen Ressorts, für das Bfl bislang bereits und bis zum Ende der Legislatur noch auf?“ – Die bisherigen Aktivitäten – das ist die Antwort des Bündnisses für Infrastruktur – wurden personell abgedeckt im laufenden Geschäft des Referats für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen des MBWSV, der Abteilungen 2 und 3 des MBWSV, der Abteilung 3 des MWEIMH und ergänzend aus dem Ministerbüro des Finanzministeriums. Für künftige Aktivitäten ist die Einrichtung einer Geschäftsstelle vorgesehen; das habe ich schon gesagt. Die Aufgaben sollen zunächst die oben genannten Ressorts sowie durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW erledigt werden.

Frage sieben: „Aus welchen rechtlichen Gründen hält der FM die Auszahlung von Haushaltsmitteln überhaupt für zulässig ...? – Das war das, was Sie eben angesprochen haben. Das Bündnis wird vom Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, vom Finanzministerium und vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk getragen und mit Mitteln dieser Häuser unterhalten. Die Mittelverwendung ist zulässig.

Achtens. „Welche bereits vorgenommenen Auszahlungen von Haushaltsmitteln sind von den Empfängern bereits zurückgefordert worden oder werden noch annulliert?“ – Da ist die Antwort: Keine. Für Rückforderungen oder Annullierungen besteht kein Anlass.

Und die letzte Frage: „Welche anderen Organisation, Vereine, Verbände etc. beteiligen sich jeweils in welchem Umfang an der Kostentragung des Bfl?“ – Da ist im Moment nur zu sagen, dass nach der Auftaktveranstaltung 54 institutionelle Partner da sind. Die sind eingeladen, sich projektbezogen an konkreten Aktivitäten zu beteiligen. Umfang und Art der Beteiligung sind aber in diesem frühen Stadium der Bündnissetelung noch nicht absehbar.

So viel zu diesen Fragen.

Robert Stein (CDU): Herr Finanzminister, in den uns übermittelten Informationen wird deutlich bezogen auf die Entwicklung der Personalausgaben von Januar bis November

2016, dass es eine riesige Lücke zwischen der Soll-Ist-Vorgabe und dann der Differenzen im Vorjahr gibt. Die Soll-Ist-Vorgabe besagt, dass ein Anstieg von 6,6 % geplant gewesen ist, realisiert worden sind 1,8 %. Wenn wir noch berücksichtigen, dass da ja auch noch der Nachtragshaushalt mitschwingt und dann anteilig dort nur Personalkosten zu berechnen sind, dann wird ja deutlich, dass offensichtlich viele Stellen nicht besetzt werden können. Hier möchten wir gerne nachfragen: Wie viele Stellen können aktuell nicht besetzt werden? In welchen Bereichen werden die nicht besetzt? Und was sind die Ursachen dafür? Gibt es möglicherweise nicht genügend geeignete Bewerber?

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Wenn ich das richtig verstehe, ist das doch die Frage, die wir doch gerade vorher beantwortet hatten.

MR Peter Landwehr (FM): Wie ich vorhin schon angedeutet habe, fehlen uns dazu noch genauere Erkenntnisse. Wir machen einmal im Jahr eine Iststellenbesetzungsabfrage bei den Ressorts. Die resultiert auf den 1. Januar des jeweils beginnenden Jahres. Das ist kein laufender Prozess, der immer wieder aktualisiert wird. Das wäre auch kein vertretbarer Verwaltungsaufwand. Von daher kann ich Ihnen aktuell jetzt Datum heute am 8. Dezember nichts darüber sagen, wie denn aktuell die Stellenbesetzungssperre später ist, geschweige denn irgendwelche Gründe dafür nennen.

Robert Stein (CDU): Mit Verlaub, man muss das ja nun auf irgendeine Art und Weise steuern können. Wir finden das verwunderlich, dass da offensichtlich überhaupt keine Art Controlling oder was auch immer stattfindet. Wir bitten dann darum, diese Information möglichst kurzfristig nachzureichen.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Also, ebenfalls mit Verlaub, Herr Stein: Haben Sie jemals dann, wenn Sie die Momentaufnahme der Berichterstattung nach Quartalen oder nach Monaten zur Kenntnis nehmen, sich darum irgendwie geschert, wenn gerade ein Finanzierungsaldo negativ war, um deutlich zu machen, dass er gerade besonders negativ ist, obwohl Sie ganz genau wissen, dass der einen Monat später schon wieder völlig anders aussieht? Sie nehmen das dann für Ihre Kommunikation. Und Sie haben jetzt an dieser Stelle das Problem, dass das ein gutes Zwischenergebnis ist, was sich natürlich wieder ändern kann. Aber da kann ich Ihnen nur mal sagen: Es gibt ein Controlling. Das Controlling ist nur nicht in jedem einzelnen Punkt eines, was bei uns zusammenläuft, sondern wofür die einzelnen Häuser zu sorgen haben und worüber sie uns dann Meldung erstatten. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass der Aussagewert dieser Berichte sehr eingeschränkt ist in vielen Bereichen. Das schert Sie nicht, wenn die negativ sind. Und jetzt haben Sie ein Problem. Da müssen Sie jetzt irgendwie gucken, wie wir darüber wegkommen. Ich würde Ihnen einfach raten, dass Sie dann, wenn die Daten aussagefähig bei uns zusammengelaufen sind, sie entweder so angucken oder dass Sie dann mit jedem einzelnen Haus in Kontakt treten müssen und sich überlegen, wie es dazu kommt, was an welcher Stelle noch nicht besetzt worden ist. Das ist keine Meldung, die bei uns täglich einläuft.

Robert Stein (CDU): Sie wollen ja nun überall neue Stellen schaffen. Ich muss doch davon ausgehen können, dass Sie einen Überblick haben, welche Stellen gerade aktuell ausgeschrieben sind.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Ja, dann müssen Sie – das haben wir ja schon häufiger gemacht – die jeweiligen Vertreter des Schulministeriums, des Innenministeriums, des Justizministeriums fragen. Es gibt aus unserem Bereich sicher für die Stellen, die das Haus selbst betreffen, einen Überblick, den Sie haben können. Aber das ist doch genau der Punkt. Im Übrigen – wieder dieser einleitende Satz, ich möchte doch an jeder Stelle Stellen schaffen –: Nein, ich möchte Stellen schaffen, wo sie nötig sind, und ich möchte dem Stellenabbau begegnen, wo er einfach nur, um eine Zahl zu präsentieren, durchgesetzt worden ist und dessen Folgen wir heute sehen. Deswegen haben wir Stellen geschaffen, und die Stellen müssen natürlich besetzt werden. Das geht nicht von heute auf morgen; das ist auch klar. Aber da sind die einzelnen Häuser dran.

Robert Stein (CDU): Ich muss einfach zu dem Punkt kommen, dass wir das sehr schade finden, dass Sie dort keinen Überblick haben. Und ich verstehe auch nicht, ob das so schwierig ist gerade im heutigen Zeitalter, dort kurzfristig entsprechende Meldewege einzurichten. Das klingt für mich fast so, als ob es unmöglich wäre, den Unterrichtsausfall an Schulen zu messen im digitalen Zeitalter, wenn ich den Vergleich mal heranziehen darf.

Vorsitzender Christian Möbius: Danke schön, Herr Stein. Das war jetzt keine Frage, sondern nur eine Feststellung. – Jetzt hat der Kollege Witzel eine Nachfrage zu dem anderen Komplex.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Finanzminister, für die Antworten auf unsere Fragen. Sie werden sich denken können – so hatten wir es ja auch avisiert –, dass uns natürlich die Antwort auf die Frage interessiert, wie Sie mit dem Streit in der Koalition umgehen, auch mit dem an Sie persönlich gerichteten Vorwurf, Sie würden als Finanzminister mit dem, was Sie auf den Weg bringen, Steuergeldverschwendung betreiben. Ich will das ganze despektierliche Vokabular, was da im Presseumfeld durch die Medien ging, hier nicht wiederholen. Das muss jeder für sich bewerten, ob er Personen wie den Wirtschaftsminister, der Mitte/Ende 40 ist, für einen alten Mann hält oder wie auch immer. Aber der Vorwurf von Steuergeldverschwendung, wenn der von Finanzpolitikern aus dem Koalitionslager gegen Sie als zuständigen Ressortminister gerichtet wird, ist ein Punkt, mit dem Sie sich ja schon beschäftigen müssen innerhalb der noch für ein paar Monate bestehenden Koalition in Nordrhein-Westfalen. Ich will ausdrücklich politisch Ihnen insoweit helfen, dass ich Ihnen sage: Ich habe diesen Vorwurf nicht erhoben und halte ausdrücklich die Ziele, egal ob man jetzt jedes einzelne Maßnahmenprojekt vor Ort in der Priorisierung so sieht, dieses Bündnisses für sehr loblich für das Land Nordrhein-Westfalen. Ich würde mich auch wundern, wenn der Wirtschaftsminister, der Bau- und Verkehrsminister und auch, was Finanzierungsfragen angeht,

der Finanzminister wichtige Zukunftsinvestitionen in diesem Bereich nicht im Blick hätten, in Zeiten, wo ja schon der Landesrechnungshof Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, wenn Sie nicht mehr für den Erhalt und auch partiellen Ausbau der Infrastruktur tun, dann findet auch in rein haushalterischer Hinsicht eine Wertevernichtung von öffentlichem Eigentum statt. Deshalb ist das schon eine sehr wichtige Debatte, die wir hier führen, was den Vorwurf der Steuergeldverschwendung angeht.

Ich habe in den letzten Jahren einen anderen Eindruck gehabt. Ich habe den Eindruck gehabt, dass das größte Haushaltsrisiko für diesen Landeshaushalt auf zwei Beinen der Umweltminister ist, der es bei jeder Gelegenheit versteht, Projekte entsprechend zu identifizieren, wo er reingrätschen kann, Bürokratie auszubauen, immer mehr Vorschriften zu erlassen, das auch begleitet von einem massivem personellen Aufwuchs, wo wir natürlich auch ansetzen wollen. Wenn man sich nur mal anschaut, was alles an Veranstaltungen nicht für nach vorne gerichtete Themen wie Infrastrukturausbau auf den Weg gebracht wird, sondern was da alles stattfindet für grüne Lebensstilthemen von Leuten, die pupsenden Kühen zuschauen und eine Kot- und Haaranalyse über Fledermäuse vornehmen, die ihre Survivaltrainings im Wald machen und dabei lernen, wie man auch ohne Zelt und Schlafsack dort übernachtet und alle möglichen Schulungen machen können zu Fischotterspurensearchern, Wolfsbotschafter ...

Vorsitzender Christian Möbius: Sind wir jetzt eigentlich schon in der Generalausprache?

Ralf Witzel (FDP): Nein. – Ich werde zur falschen Schwerpunktsetzung gleich noch etwas sagen.

Ich glaube nur, Herr Finanzminister, wenn Sie Beispiele suchen für Steuergeldverschwendung, denen Sie sich im Haushalt widmen können, dann werden Sie bei Herrn Remmel fündig. Das ist eine Schatztruhe, wenn Sie den Haushalt dort mal öffnen. Und deshalb an Sie die Frage: Wie gehen Sie mit diesem Vorwurf innerhalb der Koalition um, und teilen Sie ihn?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Mir ist eine Sache wichtig, und das möchte ich an der Stelle auch öffentlich sagen, dass ich mich bei allen drei Ministern persönlich für die Formulierungen, die ich jetzt hier nicht wiederholen will, entschuldigt habe. Es war nicht meine Absicht, und wer mich kennt, weiß, dass das auch eigentlich nicht mein Stil ist, mit persönlich herablassenden Angriffen aufzutreten. Ich freue mich, dass alle drei die Entschuldigung angenommen haben. Das wollte ich einfach mal sagen, damit das hier nicht unkommentiert im Raum stehen bleibt, weil Herr Witzel das wiederholt hat.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Ich bin Herrn Abel auch noch einmal dankbar, sonst hätte ich auch noch gesagt: Das sind nun wirklich Dinge, mit denen ich gut leben kann, zumal ich hier die Feststellung gerne wiederhole, dass ich durchaus einem gehobenen Lebensalter angehöre und mich dafür auch wirklich nicht schlecht

fühle. Im Gegenteil, das ist verbunden mit einer ganzen Reihe von Lebens- und Dienstverfahren, von denen ich immer wieder merke, dass man die gut einsetzen kann. Es ist alles in Ordnung.

Der Punkt ist der – das gilt natürlich für Kritik im Innern der Koalition, mit der ich auch leben kann –: Gerade als Finanzminister hat man nicht nur mit seinen eigenen Regierungsfractionen, sondern auch mit den eigenen Häusern der Regierung immer wieder zu tun, wo man sich Kritik aussetzt – das ist doch vollkommen klar –, im Regelfall eher, weil es zu wenig ist, manchmal aber auch, weil es zu viel für den anderen ist. Insofern setzte ich mich damit gern auseinander. Und da gilt die gleiche Antwort, dass es in der Tat auch bei anderen Ressorts durchaus eigene Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen gibt und dass es das in dem Bereich Infrastrukturministerien in der gleichen Weise gegeben hat. Dass das Gesprächsbedarf auslöst und dass man darüber auch redet, finde ich völlig normal. Aber das ist kein erstmaliger Fall, kein Einzelfall, und er ist, was die rein haushaltsrechtliche Einordnung angeht, genauso geklärt wie die anderen Punkte auch.

Vorsitzender Christian Möbius: Weiter Wortmeldungen zu dem ersten Fragenkomplex sehe ich nicht. – Jetzt kommt der zweite Fragekomplex, Herr Kollege Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Verbunden nur mit dem letzten Satz noch an den Finanzminister, dass sich die Maßnahmen natürlich widersprechen, die Sie mit Steuergeld finanzieren, weil Sie dafür werben, Dinge zu ermöglichen und Projekte nach vorne gerichtet auf den Weg zu bringen, während andere Ressorts genau Mittel aus demselben Haushalt mobilisieren, um gerade vor diesen Maßnahmen zu warnen und Argumente zu liefern, wie man mit welcher Berufung auf welche Fledermausrechtsverletzung das alles doch am besten zum Erliegen bringen kann. Das ist schon bemerkenswert.

Ich wollte, was den Fragenkomplex angeht, aber zwei Aspekte hier noch ansprechen. Zum einen ist aus dem Beratungsverfahren zu Einzelplan 10 noch die Nachlieferung einiger Informationen offen. Ich sehe, Herr Kaschny nickt. Ich wollte das nur als Merkposten noch mal wiederholen. Wir haben Verständnis dafür, dass Sie in der Aggregation einiger Daten noch ein paar Tage benötigen, aber mir war Ihr Nicken wichtig, dass Sie den Punkt auch nicht vergessen haben, das uns als Vorlage noch zuzuleiten.

Ich hatte zu Einzelplan 13 noch verschiedene Fragen gestellt, nicht deshalb, weil ich die Maßnahmen als solche infrage stellen wollte. Herr Krückel hatte ja zu Recht darauf hingewiesen, dass in üblicher Manier auch der Vertrauensvorschuss aller Fraktionen so groß ist, dass wir die Maßnahmen, die der Landesrechnungshof für angezeigt hält, auch unterstützen, damit es Arbeitsfähigkeit gibt in einem Feld, woran ja auch allen Parteien und Fraktionen liegen sollte, dass in der Ausgabenkontrolle die Strukturen vernünftig funktionieren. Aber genauso ist es eben auch unser Anspruch bei allem Wohlwollen des gemeinsamen Vorgehens über alle fünf Fraktionsgrenzen hinweg, einfach bestimmte Sachverhalte nachvollziehen zu können. Deshalb gab es von unserer Seite ein paar Fragen. Wenn man Stellen umsetzt oder zusätzliche Personalmittel beantragt, dann guckt man natürlich auch, wie sind bisherige Inanspruchnahmen an der Stelle ausgefallen und Ressourcen verwendet worden. Deshalb wäre meine Frage an

den BdH des Landesrechnungshofs, ob an dieser Stelle zu unseren noch offenen Fragen hier Ausführungen gemacht werden können oder ob Sie uns das sonst auf schriftlichem Wege noch zuleiten wollen.

Vorsitzender Christian Möbius: Vom Landesrechnungshof ist Herr Dr. Rohde hier. Wollen Sie jetzt direkt Stellung zu nehmen oder schriftlich?

LMR Dr. Jörg Rohde (LRH): Wir können das eine oder andere gerne mündlich angeben, aber es sind auch einige technische Frage gestellt worden, nämlich in der Mehrzahl, die bis heute nicht aufbereitet werden konnten. Deshalb würden wir hier an dieser Stelle eine schriftliche Beantwortung anregen.

Ralf Witzel (FDP): Vielleicht können Sie ja ganz kurz – ich denke, das werden Sie hier sehr schnell fachlich machen können – was zu der Stellenverlagerung sagen. Wir hatten die Frage deshalb gestellt, weil Sie haben ja eine erläuternde begleitende Vorlage zum Einzelplan 13 geliefert, wo Sie, was die Mehrstellen angeht, stellenscharf die Mehrbedarfe ausgewiesen hatten, für den Anteil der Stellenverlagerung aber nicht. Ich denke, das wird ja relativ schnell zu beantworten sein. Und wenn Sie uns dann in den nächsten Tagen vor der Haushaltsverabschiedung auch die anderen Antworten noch ausführlich schriftlich zuleiten als Vorlage, dann machen wir das so.

Vorsitzender Christian Möbius: Also, ich schlage jetzt mal vor, weil das wird jetzt zu speziell: Das ist wirklich ein Thema für das Berichterstattergespräch, was ja eigentlich die Beratung im Fachausschuss, im Haushaltskontrollausschuss, vorbereiten soll. Wir sind ja jetzt hier schon in der dritten Lesung und nicht vor der zweiten Lesung. Ich schlage vor, dass das Technische auf schriftlichem Wege erfolgt durch den Landesrechnungshof.

Ich muss aber jetzt noch eines vorausschicken. Ich kenne die Fragen, die Sie da übermittelt haben, nicht, und die ganzen Zuhörerinnen und Zuhörer und auch die Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen kennen sie auch nicht. Insofern ist jetzt die Frage, ob es nicht direkt bilateral erfolgen sollte oder hier über den Haushalts- und Finanzausschuss. Aber vielleicht kann der Landesrechnungshof dazu noch etwas ausführen.

LMR Dr. Jörg Rohde (LRH): Wir sind gerne bereit, das bilateral zu beantworten. Das würde sich dann auch in das Gesamtbild einfügen hinsichtlich der angefragten Zahlenwerke. Sonst würde irgendein Punkt im Raum stehenbleiben. Wir würden das also gerne schriftlich beantworten.

Vorsitzender Christian Möbius: Können wir so verfahren? – Herr Witzel nickt.

Ralf Witzel (FDP): Ich wollte die Fragen eigentlich vortragen. Nur zur Erklärung noch einmal Herr Vorsitzender – ich hatte es ja schon vor zwei Wochen in der letzten HFA-Sitzung angesprochen –: Es gab den Wunsch eines Berichterstattergespräches. Das

Berichterstattergespräch war terminiert. Es gab dann die Annahme, da alle Fraktionen dem Haushalt zugestimmt haben, was sich auch bei uns ja nicht ändert im Abstimmungsverhalten, dass sich auch der Fragebedarf erledigt hätte. Das war eine Fehlannahme; darauf habe ich in der letzten Sitzung hingewiesen. Daraufhin hat Herr Krückel darum gebeten, ihm die Fragen zuzuleiten, weil er der Hauptberichterstatter ist. Ich werde die aber gerne auch zu Protokoll geben, damit es nachvollziehbar ist, und hätte dann die Bitte, dass wir auch eine Vorlage offiziell bekommen, aus der dann die Antworten nachvollziehbar sind. Wenn das so zugesagt wird, können wir so verfahren.

Vorsitzender Christian Möbius: Geht das? – Der Landesrechnungshof bestätigt das. Dann frage ich: Gibt es weitere Fragen im Frageteil? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann eröffnete ich, auch wenn der Kollege Dr. Optendrenk für die CDU-Fraktion schon erklärt hat, auf der Generalaussprache weitgehend verzichten zu wollen, dennoch die Aussprache entsprechend den Gepflogenheiten und erteile dem Kollegen Zimkeit für die SPD-Fraktion das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Ich möchte auch keine neue Generaldebatte aufmachen, nichtsdestotrotz etwas zu unseren Anträgen und zu unserem Abstimmungsverhalten und zur Einschätzung der Anträge, die vorliegen, sagen. Ansonsten müssten wir jeden einzelnen Antrag kommentieren. Ich glaube, das wollen wir uns alles ersparen.

Fangen wir an unseren Ergänzungsanträgen zur heutigen dritten Lesung, die wir vorgelegt haben. Ich will in aller Kürze ein paar Schwerpunkte nennen. Besonders wichtig ist uns der Antrag, der die Schulsozialarbeit weiter absichern soll über eine Verpflichtungsermächtigung. Wir wollen einen sozialen Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen einrichten, der die Berufschancen von Langzeitarbeitslosen verbessert. Wir wollen Hinweise aufnehmen, die Finanzierung der offenen Ganztagsgrundschulen zu verbessern. Wir wollen den Landesjugendplan aufstocken und damit unsere Steigerung, die wir ja schon um 25 % in unserer Regierungszeit hatten, weiter erhöhen. Wir wollen Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stellen mit dem bekannten Schwerpunkt „Erhalt und Sanierung“. Und wir finanzieren weiter den Integrationsplan des Landes Nordrhein-Westfalen, um entsprechende Integration vor Ort umsetzen zu können. Das sind in kurzer Zusammenfassung die Schwerpunkte unserer Anträge. Die entsprechende Gegenfinanzierung hatten wir hier ja schon andiskutiert.

Wenn ich mich jetzt mit den Anträgen der Opposition befasse, dann stelle ich fest, dass ich mich korrigieren muss. Ich habe in der zweiten Lesung zum Haushalt im Plenum gesagt, das größte Risiko für das Einhalten der Schuldenbremse sei die CDU-Fraktion. Ich stelle jetzt bei den vorliegenden Haushaltsanträgen fest, dass die FDP der CDU diesen Rang durchaus streitig machen will, weil das, was hier vorgelegt wird an Anträgen zur Gegenfinanzierung, wird entweder auf dem Rücken von Familien, Studenten und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder auf dem Rücken von Leuten mit sozialen Problemen ausgetragen, sprich die Frage von Gebühren für Studenten, die Frage von Gebühren für Kindertageseinrichtungen, wo zum Teil Leute ab

10.000 € Jahresgehalt schon bezahlen müssen, die Frage der Streichung des Sozialtickets für Leute, die besonders wenig Geld haben, und die Frage, ganz unabhängig davon, ob es überhaupt funktioniert, Abschaffung des Tariftreuegesetzes, also den NRW-Haushalt sozusagen dadurch zu finanzieren, dass ein Busfahrer nicht mehr 12 € die Stunde bekommt, sondern nur noch 8,50 € oder demnächst etwas mehr. Das sind Vorgehensweisen, die wir für vollkommen unakzeptabel halten. Das ist der Versuch, Haushaltspolitik auf Kosten der Schwächsten im Land zu machen. Und das tragen wir nicht mit.

Der größte Teil der FDP-Anträge zur Gegenfinanzierung ist schlicht und einfach verfassungswidrig. Es handelt sich entweder um globale Minderausgaben, die nirgendwo genau beschrieben werden, sondern mit: Wir sparen mal pauschal im Bereich der Finanzierung oder nehmen pauschal mal Mehreinnahmen durch die Voodoo-Ökonomie eines Entfesselungskonzepts an, was keiner wirklich nachvollziehen kann. – Insofern sind dieses keine seriösen Gegenfinanzierungen. Die vorliegenden FDP-Vorschläge würden zu einer erheblichen Neuverschuldung führen.

Ich will nur konkret auf einen Antrag eingehen, den Sie gestellt haben, wo Sie meinen, noch 50 Millionen € einsparen zu können. Da ist dann die Unterdeckung selbst in Ihrer Lesart von 50 Millionen €, weil in der Ergänzungsvorlage der entsprechende Ansatz bereits auf null abgesenkt ist. Das macht deutlich, wie seriös die Gegenfinanzierungen sind.

Die CDU ist auf der einen Seite an der Seite der FDP, was Finanzierungsmaßnahmen angeht, nämlich sowohl bei den Kindertageseinrichtungen wie auch beim Sozialticket entsprechende Absenkungen zu machen. Ich habe gerade schon dargestellt, dass wir das für keine seriöse Gegenfinanzierung halten auf Kosten der Familien, die wir mittragen können, also der Ansatz, wir stärken die Familienzentren und lassen die Eltern das selber bezahlen, halten wir für nicht richtig.

Verwundert bin ich etwas bei den Anträgen der CDU, dass sie viele Versprechungen und Forderungen, die sie in Anträgen gemacht hat, selbst nicht erfüllt. Ich möchte das nur daran festmachen, dass ich zumindest jetzt in den 20 Millionen € den Antrag, 435 Millionen € an die Kommunen zu überweisen aus einer Integrationspauschale, nicht gefunden habe. Dieses Versprechen, was die CDU allenthalben gefordert hat, hält sie also nicht ein. Ich habe jetzt die Summe von 30 Millionen € gefunden für diesen Zweck. Damit wird das, was wir als Integrationsplan vorgelegt haben, bei weitem nicht erreicht, was die Maßnahmen angeht zur Integration, die für die Kommunen finanziert werden.

Zu den Piraten nur der eine Satz, dass beim Überfliegen von zwei Kapiteln ich bei einer Finanzforderung von weit über 1 Milliarde € war. Insofern kann das nicht seriös sein. Also, Haushaltspolitik darauf zu begründen, wir finden die Schuldenbremse doof und ignorieren sie und nehmen einfach so viele Schulden auf, wie geht, was interessiert uns die Verfassung, kann natürlich nicht seriös sein.

Insofern werden wir die Anträge der anderen Fraktionen, die wir jeweils als Paket sehen, als Konzept ablehnen, weil die Gegenfinanzierungen unserer Meinung nach unseriös sind und nur eine Folge hätten, nämlich eine Erhöhung der Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ralf Witzel (FDP): Die bisherigen Ausführungen, insbesondere die meines Vorredners, bedürfen natürlich einer Korrektur und einiger ergänzender Hinweise.

Herr Kollege, Sie haben deutlich gemacht, man kann in der Politik über unterschiedliche Konzepte und Ansätze streiten. Das wollen wir auch tun. Nur dass die drei wichtigsten Wahlversprechungen von Ihnen für die laufende Legislaturperiode in der Summe eine halben Milliarde kosten, wenn Sie Studienbeiträge, die Kitagebührenabschaffung und Sozialticket zusammennehmen, das ist so und das ist eine ganz relevante Größenordnung, eine halbe Milliarde, womit man, wenn der politische Wille besteht, was bei Ihnen offenbar nicht der Fall ist, sehr viel anderes erreichen kann, andere Schwerpunkte setzen kann. Sie haben uns aufgefordert in der Vergangenheit, ehrlich die Anträge auf den Tisch zu legen, wo wir andere Prioritäten setzen würden, wo wir angesichts dieser halben Milliarde allein für die drei gerade genannten Zwecke glauben, dass in der Summe andere Dinge auf den Weg gebracht werden können, die unser Land nach vorne gerichtet weiterbringen können, und das haben wir hier gemacht. Das ist eine Frage von Seriosität und Ehrlichkeit im politischen Austausch, dass man sich gerade auch als Opposition nicht zurücklehnt und einfach nur fordert und fordert und aufseiten der Gegenfinanzierung nicht auch die Projekte benennt, auf die man selber, wenn man die Möglichkeit direkter Gestaltung hätte, Einfluss nehmen würde. Insofern finde ich, man kann sich über jedes Ziel und jede Schwerpunktsetzung streiten, aber ich bitte Sie schon, anzuerkennen, dass wir hier eine Vielzahl von ganz präzisen Streichungsanträge gestellt haben, sowohl großvolumig als aber auch kleine, im Detail wenige 1.000 €, damit Sie nachvollziehen können, wie wir in der Haushaltspolitik Mittel aufbringen.

Unter dem Strich ergibt sich 1 Milliarden € Einsparung. Da sind wir noch nicht ganz bei der schwarzen Null, aber schon von Ihrer nominellen Verschuldung her gerechnet sehr nah an diesem Punkt dran. Und das ist natürlich unser Ziel, die Neuverschuldung weiter abzusenken. Und deshalb gibt es Maßnahmen, die man sich alle, wenn man genügend oder zu viel Geld hätte, wünschen könnte, aber wo man einfach auch im Rahmen pragmatischer Politik Schwerpunkte setzen muss. Ich kann das für die FDP-Landtagsfraktion an dieser Stelle nur wiederholen: Auch wenn es einfacher wäre als Opposition, jedem alles zu versprechen, das ist nicht unsere Politik. Es gibt viele, die auf der Matte stehen und auch genau diese Antwort bekommen, das wir das nicht können und wir nicht zu irgendwelchen Populismen neigen und dann, wenn man sich über Fragen von Gehaltsentwicklung über mehrere Jahre unterhält, hingehen und jedem eins zu eins für ewig versprechen oder so. Das haben wir alles nicht getan, sondern da haben wir auch, was längst nicht eine klassische Rolle der Opposition ist, klar gesagt, wir sind bereit, über gewisse Einschnitte zu reden, nur eben nicht in dem Umfang, wie Sie es gemacht haben und nicht indem Sie bestimmte Besoldungsgruppen halt für mehrere Jahre komplett aus jeder Anpassung rausgenommen haben, was ja auch dann sogar einen Ausgleich für die vorhandene Inflation entsprechend mit ausschließt.

Ich wollte hier ein paar Dinge zu unserer konzeptionellen Ausrichtung sagen, natürlich auch zur Bewertung von Rot-Grün. Das erspart erheblich Zeit, weil man dann nicht 200 einzelne Haushaltsanträge nachher begründen muss, sondern man sich vielleicht auf die zwei, drei, vier, fünf maximal Stellen konzentrieren kann, wo es vielleicht noch einer gesonderten Begründung und eines gesonderten Appells bedarf.

Herr Finanzminister, Sie haben bei der Erörterung des Haushalts auch bei der letzten Plenarsitzung gesagt, der Vorwurf der FDP sei doch falsch, Sie hätten mehr tun können für die Rückführung der Nettokreditaufnahme, weil von den ganzen Steuermehreinnahmen, die wir Ihnen aufgelistet haben, ja 23 % bei den Kommunen angekommen seien. Ja, das ist richtig, aber Ihnen wird auch bekannt sei, dass, wenn Sie sich Gesamtfinanzierungssalden angucken, Land und Kommune zusammen, wir in Nordrhein-Westfalen an sich eine Entwicklung haben, die deutlich negativer ist als in vielen anderen Bundesländern, und dass es gerade, wenn man weiß, dass es immense Unterschiede gibt im Kommunalisierungsgrad der Aufgabenübertragung und man deshalb Land- und Kommunalhaushalte als eine Einheit betrachtet, eine Reihe von Ländern gibt, die aktuell Überschüsse machen und in Nordrhein-Westfalen das für Land und Kommune in der Summe eben nicht der Fall ist. Da laufen weiter Defizite auf. Deshalb bedingt sich das natürlich. Also, auch wenn Sie natürlich Recht haben, dass mit steigenden Steuermehreinnahmen auch die Kommunen im Anteil 23 % Verbundmasse partizipieren, gibt Ihnen das ja aber wiederum politisch, mal mindestens nach dem Gesetz der großen Zahlen dieser Entwicklung, die Gelegenheit, sichergestellt zu bekommen, das eben auch dieser immense Umfang der kommunalen Aufgabenerledigung in den anderen Bundesländern ganz anders organisiert ist und viel stärker in der Verantwortung des Landes steht, dann aber auch faktisch vor Ort mit ausgeführt werden kann.

Deshalb, glaube ich, ist noch interessanter als der Umstand, dass Sie 20 Milliarden € Haushaltsverbesserungen haben im Vergleich zu dem Jahr Ihres Amtsantritts 2010, sich mal die kumulierten Zahlen anzuschauen. Wenn man sich die Steuermehreinnahmen der letzten sieben Haushaltsjahre anschaut, also bis zu dem von Ihnen jetzt geplanten 2017, dann liegen Sie bei 73 Milliarden € und das ist mehr als das Haushaltsvolumen Ihres Haushaltsplans für 2017 überhaupt beträgt. Das heißt, diese Landesregierung hat einen Landeshaushalt geschenkt bekommen in der Finanzierung durch die Steuermehreinnahmen. Und da haben wir über die Zinsminderausgaben noch überhaupt nicht gesprochen. Die sind nämlich auch noch einmal mit 6,5 Milliarden € in der Zeit anzusetzen. Eine traurige Botschaft für alle Sparer, die kaum noch Vermögensbildung betreiben können und erleben, wir immer mehr Geld von der Sphäre privat hin zum Staat verschoben wird, aber natürlich aus Sicht der öffentlichen Haushaltskonsolidierung für Sie ein Segen, weil Sie ja nahe null dann Geld am Kapitalmarkt entsprechend aufnehmen können, auch wenn Sie sich – zu dem Punkt kommen wir ja gleich noch einmal – bei bestimmten Anlagen in der Refinanzierung des Landes bewusst für andere Modelle entscheiden, wo der Zins deutlich höher liegt, damit Sie in aktueller Haushaltsjahre auch noch Geld mit hineingespült bekommen.

Vor dem Hintergrund dieser historischen Verbesserung, die auch in diesem Volumen keine Landesregierung vor Ihnen gehabt hat, müssen Sie sich natürlich daran messen lassen, ob das, was Sie erreicht haben, nämlich bei allen Haushaltstricksereien nominell minimal eine Rückführung der Nettokreditaufnahme hinzubekommen, also weiterhin noch ordentlich Schulden aufzunehmen, nur nach Ihrer Rechnung mit ganz leicht fallender Tendenz der Jahre 2015, 2016, 2017, wirklich eine so große Leistung an der Stelle ist.

Wir halten es für erforderlich, dass man deshalb natürlich den Teil Haushaltstricks sich bei Ihnen noch mal gesondert anschaut und auch rauszieht. Wir müssen an dieser Stelle nicht mehr über das Schulinvestitionsprogramm sprechen; das haben wir vorhin bei einem eigenen Tagesordnungspunkt getan. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat uns in einem anderen Kontext beschäftigt. Das wird aber bei Ihnen auch zur Dauer-melkkuh, die Sie einsetzen. Und wie man hier so häufig sieht, reicht das, was Sie im Stammhaushalt stehen haben, gar nicht aus. So haben Sie im letzten Jahr 400 Millionen € vom BLB haben wollen, als der Haushalt 2016 verabschiedet wurde. Dann sind Haushaltslöcher im Laufe des Jahres 2016 aufgetreten. Dann haben Sie noch einmal 185 Millionen € nachgefordert, und diesmal haben sie 300 Millionen € eingefordert und keiner weiß, was da alles noch an Vorstellungen im Jahre 2017 noch zur weiteren Aufstockung dieser Gelder entstehen mag. Das muss hier entsprechend angesprochen werden.

Der Haushalt ist natürlich in einer doppelten Hinsicht in einer Sonderrolle, der heute verabschiedet wird in dritter Lesung vom HFA. Zum einen ist das der letzte Haushalt dieser Landesregierung vor der Landtagswahl und deshalb natürlich auch eine Schlussbilanz nach sieben Regierungsjahren Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, und zum zweiten ist es ein Haushalt, mit dem Sie spekulative Haushaltspolitik weitgehend betreiben können, weil Sie ja gar nicht in der Pflicht sind, im Vollzug nachzuweisen, dass die Ansätze entsprechend ausreichend sind. Das wird sich ja bis zur Landtagswahl gar nicht belegen lassen, ob das ausgewiesene Jahresbudget für die Titel überhaupt noch soweit ausreicht.

Sie sparen bei der Zukunft auch im Bereich von Versorgung trotz massiver Versorgungslasten und der Verabredung, die wir ja auch fraktionsübergreifend dazu getroffen haben, nämlich dass in einem bestimmten Prozentsatz orientiert an den Neueinstellungen von Beamten für den öffentlichen Dienst auch Rücklagen zu bilden sind im Versorgungsfonds, jetzt im Pensionsfonds nach der Umetikettierung, für die Landesbeamten. Dem kommen Sie ja nur noch zu einem Bruchteil der ursprünglichen Planung nach. Durch all diese kosmetischen Effekte ergibt sich dann eine minimal fallende Nettokreditaufnahme. Das ist angesichts dieser Bestbedingungen keine Leistung.

Parallel verschweigen Sie gerne die Problematik der Überstunden, wo Sie ja auch einen Wechsel auf die Zukunft dieses Landes ziehen, nämlich immerhin mit knapp 3.000 Stellen allein im Bereich der Polizei, 2.500 Stellen Vollzeitäquivalente für die 4 Millionen Überstunden, die dort entstehen, mit steigender Tendenz. Längst nicht jede Stunde wird auch tatsächlich als solche erfasst, nur was die angeordnete Mehrarbeit angeht. Im Bereich der Justiz sind es knapp 300 Stellen und in anderen Ressorts mit entsprechender Überstundenregelung ebenso. Allein das über 150 Millionen € Gegenwert, der im Haushalt nicht ausgewiesen ist, aber ein Wechsel für die Zukunft darstellt.

Wir haben nicht ohne Grund in der letzten Sitzung thematisiert und dazu auch Fragen gestellt, wie sich Ihr Ansatz für Agio und Disagio entwickelt. Sie haben jetzt zuletzt die Zahl 140 Millionen € genannt, vor einigen Wochen noch die Zahl 180 Millionen €. Wenn ich Ihre aktuelle Vorlage vom gestrigen Tage richtig lese, dann können sich diese 140 Millionen € nur, weil sich das Verhältnis ja nicht umgedreht hat, unverändert darstellen

als Überschuss, den das Agio gegenüber Disagio hat, das heißt also von Mehreinnahmen, die dem aktuellen Haushalt zufließen, aber trotzdem natürlich Verpflichtungen für die Zukunft darstellen, weil genau das ja das Modell ist, dass Sie deutlich höhere Zinsen, als es eigentlich marktgerecht wäre, in der Zukunft zahlen wollen, und damit zukünftige politische Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen belasten.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Das ist totaler Quatsch!)

– Ja, dann sollten Sie Ihre Sicht der Dinge dazu darstellen. Nach den Zahlen, die Sie uns bis zuletzt, bis zum gestrigen Tage übermittelt haben, lagen die Agio-Einnahmen 180 Millionen € über den Disagio-Ausgaben, und das heißt, dass Sie in den laufenden Haushalt dieses Geld haushaltswirksam reingespült bekommen, aber dafür in der Zukunft die Verpflichtung haben, entsprechend höhere Verzinsungen zu zahlen. Jetzt können Sie sagen, der Bundesfinanzminister tut das auch. Mag sein, ist nicht unsere Verantwortung. Da haben das jedenfalls die Grünen auf Bundesebene massiv kritisiert als Vorgehen einer unseriösen Haushalts- und Finanzpolitik. Es gibt sehr bemerkenswerte Äußerungen, wie intransparent das da alles sei und welche zukünftigen Verpflichtungen da für die kommenden Jahre entsprechend entstehen würden. Nach allen Zahlen, die Sie uns bislang hier zur Verfügung gestellt haben, liegen dieselben Effekte für Nordrhein-Westfalen auch vor. Sie scheinen aber von den Grünen hier nicht ernsthaft in den Blick genommen zu werden.

Angesichts dieser ernüchternden Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen ist auch völlig klar, dass Sie eine Schuldenbremse nicht in die Verfassung aufnehmen wollen, weil das wäre ja dann vor dem Verfassungsgericht überprüfbar und einklagbar, sondern dass Sie nur einfachgesetzliche Regelungen haben wollen, die ja mit jedem weiteren einfachgesetzlichen Beschlussakt mit 51%iger Mehrheit in parlamentarischen Gremien zukünftig auch wieder abzuändern sind. Mit jedem einfachgesetzlichen Haushaltsgesetz können Sie all das wieder im Einzelfall umgehen. Deshalb ist es ja so entscheidend, eine Beschlusslage in der Verfassung zu bekommen, und zwar auch für eine Schuldenbremse, die Krallen und Klauen hat, die Sanktionen nach sich zieht und eben nicht im beliebigen Umfang ermöglicht, auf Doppelhaushalte und Schattenhaushalte auszuweichen, auf die man dann Dinge umbucht.

Sie haben ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie die Schwerpunktsetzungen auch für Mehrausgaben bei uns sich mit Blick auf die Haushaltsänderungsanträge gestalten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Wir verzichten!)

– Ja, dann wird es nur sehr viel länger, wenn ich das bei allen Einzelanträgen machen muss, Herr Kollege. Deshalb ist es sehr viel einfacher, ich sage Ihnen im Paket ein paar Dinge dazu, die dann erklären, wie direkt eine Vielzahl von Anträgen zu verstehen ist.

Wir haben vorschlagen, ein kommunales Investitionsprogramm im Wert von 100 Millionen € aufzunehmen, damit nämlich genau die Versorgungsengpässe, die Sie ja offenbar auch sehen bei dem Unterhalt der kommunalen Schulinfrastruktur, hier auch beseitigt werden können, dass man zusätzlich Unterstützungsmittel hat auch im Bereich der Kitafinanzierung und von Inklusionskosten.

Wir haben zum zweiten einen Schwerpunkt gesetzt im Infrastrukturausbau, was Landesstraßen angeht, um sich hier mit großen Schritten auch den Vorgaben des Landesrechnungshof und ihrer eigenen gutachterlichen Befunde zu nähern, keinen dauerhaften Verfall der öffentlichen Infrastruktur weiter so hinzunehmen.

Zum dritten haben wir für den Bildungsbereich auch aufgrund der großen Bedeutung für die zukünftige Entwicklung unseres Landes Verstärkungsmittel für die Schulformen Gymnasium und Berufskollegs vorgesehen, die erste, weil die in den Hintergrund getreten ist bei all Ihren Maßnahmen der integrierten Schulformen, die Sie die letzten Jahre forciert haben, und für die Berufskollegs, die sicherlich gerade im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise der letzten Jahre einiges an zusätzlichen Aufgaben in den nächsten Jahren werden bewältigen müssen.

Wir schlagen Ihnen dafür eine Reihe interessanter Maßnahmen vor, die einfach intelligent sind, weil sie die Effizienzpotenziale heben sowie bei den Schulverwaltungsassistenten die Bürokratie abbauen in Nordrhein-Westfalen, damit zugleich nicht nur positive Haushaltseffekte haben, sondern Menschen und Unternehmen sehr viel mehr Freiheiten geben.

Und wir brauchen natürlich einen Ausstieg – deshalb ist das auch ein besonderer Kürzungsschwerpunkt bei uns – aus dem, was ja immer mehr SPD-Politiker auch erkennen, nämlich dass wir eine viel zu starke Durchgrünung in der Politik und Gesellschaft haben. Deshalb müssen wir diesen Durchgrünungstendenzen entgegentreten müssen. Von daher wird auch von unserer Seite im Bereich des Umweltministeriums ein besonderer Kürzungsschwerpunkt gesehen. Das müsste Ihnen sehr sympathisch scheinen, wenn Sie nicht nur über Verhindern sprechen wollen, sondern auch gerade wichtige Infrastrukturprojekte, die auch arbeitsrelevant sind, Industrievorhaben für Nordrhein-Westfalen soweit voranbringen wollen. Deshalb genießt das, was Sie Umweltbereich alles an merkwürdigen Beratungen, Gutachten, Veranstaltungen, Aktivitäten in diesem Land veranstalten bei uns eine besondere Aufmerksamkeit. Ob das wirklich die Zukunftsvision für Nordrhein-Westfalen ist für ein Industrieland, dass man sich über Pflanzenmeditation, neue Landlust, Wildkräuter, Power Up Cycling, einfaches Überleben in Harmonie mit sich selbst und viele andere Maßnahmen unterhält, das können Sie mit Herrn Rimmel diskutieren.

(Zuruf)

– Genau, es gibt auch mystische Hecken. Da kann man sich dann in Besinnungsseminaren Gedanken machen, wie viele Kobolde da wohl drin leben mögen. Aber, Herr Kollege, das würde den Rahmen sprengen, wenn ich Ihnen das alles vortrage.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Aber wenn die den Schatz am Ende des Regenbogens finden, wäre das eine Einsparung!)

Vorsitzender Christian Möbius: Bitte nicht in Dialoge einsteigen. Herr Kollege Witzel hat das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Wenn ich so zusammenfassen darf: Ich kann die ganzen Detailbeschreibungen hier nicht referieren, das dauert wirklich zu lange. Aber schauen Sie sich

einmal die Schwerpunkte der Politik des Umweltministers und seiner Maßnahmen an: Bildungspädagogik und Survival, „Jetzt aber Sense“, also die grüne Kampagne gegen Rasenmäher, der fledermausfreundliche Hausumbau, Wildkräuterpower, „Was geht da in die Luft?“, also das ist das Besuchen der Kühe, die dann pupsen, Niedrigseilelemente im Gelände – da können Sie lernen, wie Sie Knoten knüpfen, um sich zwischen Bäumen fortzubewegen –, Konfliktmanagement in der Umweltbildung, Schulung für Biberbeauftragte, Fortbildung zum Spurensucher Fischotter, Schulung von Wolfsbotschaftern, Fledermausbotschafterschulungen, die Kampagne „Gemeinsam für die Schlingnatter“, Pflanzenportraits, freche Früchtchen aus Holzwegenhecken, Re- und Abcyclingaktivitäten, Begleiter im Untergrund und die Hirschbrunntführung. – Also es gibt nichts, was es in Nordrhein-Westfalen nicht gibt. Bei der NUA können Sie sich anmelden.

Wir sind eine liberale Partei. Wir wollen jedem seinen Lebensstil ermöglichen. Wir kritisieren nichts, was jemand für sich privat, persönlich für Entscheidungen trifft. Es kann jeder seine Freizeit verbringen, indem er pupsenden Kühen zuschaut oder Fledermauskot mikroskopiert. Das ist uns völlig egal. Wir wollen nur nicht, dass der Steuerzahler länger in die Haftung genommen wird für diese verfehlte grüne Politik in Nordrhein-Westfalen. Das muss sich im Frühjahr nächsten Jahres ändern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Die Piraten stellen ihre Änderungsanträge zum Haushalt unter das Motto „Ehrlicher Haushalt statt Fake-Finzen“. Damit komme ich sofort zu meinem Vorredner Stefan Zimkeit, dessen Ausführungen ich als schwer irreführend einstufen muss. Seine Äußerung, die FDP sei der große Feind der Schuldenbremse, stößt für mich schon an die Grenze der Ehrverletzung. Ich möchte hier ganz klar feststellen: Der natürliche Feind der Schuldenbremse sitzt genau hier und nirgendwo anders in diesem Parlament.

(Der Sprecher deutet auf seine eigene Fraktion.)

Wir lehnen diesen Haushalt und auch die Schuldenbremse ab – das haben Sie sehr richtig festgestellt. Die Schuldenbremse schnürt diesem Land die Luft ab. In der Debatte wird immer wieder die scheinbare Alternativlosigkeit beklagt. Angesichts dessen muss ich sagen: Seht her, es gibt durchaus Alternativen zu dieser Politik, man muss nur die Mehrheiten dafür beschaffen. Wir bieten zumindest an, dass sich diesbezüglich etwas ändert. Den Rest muss der Wähler entscheiden.

Der Tanz um die schwarze Null ist absurd, denn er bedeutet nichts anderes als rote Zahlen auf dem Konto der Bürger. Ich sehe keine Sinnhaftigkeit darin, sinnvolle Zukunftsinvestitionen zu unterlassen, um das Mantra „schwarze Null“ umzusetzen. Das ist nicht unser Ansatz. Wir beklagen die mangelnde Zukunftsfähigkeit des Haushalts, denn die unterlassenen Investitionen stellen das tatsächliche Vergehen an der Generationengerechtigkeit dar, nicht die Verschuldung an sich. Das Geld muss aber nach unserer Ansicht sinnvoll investiert werden.

Herr Zimkeit, nun meine zweite Korrektur an Ihrem Redebeitrag: Unsere Änderungsanträge machen nicht 1 Milliarde € aus, sondern genau genommen 4,25 Milliarden €. Allein unser Änderungsantrag mit dem größten Volumen zu der frühkindlichen Bildung

umfasst allein 2 Milliarden €. Wir wollen eine qualitativ bessere U3-Kinderbetreuung in diesem Land. Mehrere Stellen bemängeln, dass hierzu die Personalausstattung mangelhaft ist. Wir brauchen aber auch eine qualitativ bessere Ausstattung. Wir wollen im Rahmen eines Sonderprogramms 2 Milliarden € in die Hand nehmen und in diesem Bereich investieren, um die prekäre Lage der Kitas zu verbessern. Ihnen dürfte die Studie bekannt sein, in der bemängelt wird, dass etliche freie Träger vor der Aufgabe und Kindertageseinrichtungen vor der Schließung stehen. Hier muss schnell und entschieden gegengesteuert werden.

Ein weiterer Punkt, den wir mit unseren Änderungsanträgen aufgreifen, hat heute eine besondere Aktualität. Für die Sicherheit der IT-Ausstattung an Krankenhäusern veranschlagen wir eine Summe von 600 Millionen €. Heute konnten Sie der Presse entnehmen, dass ein Hackerangriff auf ThyssenKrupp stattgefunden hat, der nur sehr schwer in den Griff zu bekommen war, was wiederum ein halbes Jahr gedauert hat. Auch der Angriff auf das Krankenhaus in Neuss zeigt, dass IT-Infrastruktur zur kritischen Infrastruktur in diesem Land gehört und geschützt werden muss. Stellen Sie sich einmal vor, ein Krankenhaus würde ausfallen und bestimmte Operationen könnten nicht mehr durchgeführt werden. Wir reden angesichts dieser Gefahr nicht mehr über ein „nerdiges“ Nischenthema wie Datenschutz, sondern dies betrifft die Frage nach Leben und Tod. Experten haben zu Protokoll gegeben, dass dahingehend mehr passieren muss. Sie unterstützen uns in unserem Anliegen.

Zuletzt greifen wir mit unseren Änderungsanträgen den Glasfaserausbau auf. Wir sehen diesbezüglich erheblichen Verbesserungsbedarf im Land. Der Investitionsstau in diesem Bereich beträgt insgesamt 8,6 Milliarden €. In den nächsten zehn Jahren muss dahingehend etwas passieren. Wir wollen im Haushalt des nächsten Jahres ein Zehntel dieser Summe – also 860 Millionen € – bereitstellen, um den Glasfaserausbau voranzutreiben. Der Wirtschaftsminister rühmt sich zwar, dieses Thema aufgegriffen zu haben, schaut man sich aber die tatsächliche Umsetzung an, erkennt man eine große Diskrepanz zwischen Worten und Taten.

In NRW sind derzeit 6,9 % der Haushalte an Glasfaser angeschlossen. In Schleswig-Holstein beispielsweise liegt diese Quote bei 20 %. Das kommt nicht von ungefähr, sondern hat mit der Prioritätensetzung in der Politik zu tun. Wenn der Minister so weiter macht, haben wir den vollständigen Glasfaserausbau in Nordrhein-Westfalen sage und schreibe im Jahr 2175 erreicht. Der Bürger kann eher auf die Einführung des Warp-Antriebs hoffen, als dass in ganz NRW Glasfaser zur Verfügung steht. Wir möchten, dass es schneller geht. Es muss gehandelt werden. Wir stehen dazu bereit.

Um den Einwand vorwegzunehmen, das müsse alles finanziert werden und es sei unseriös, was wir Piraten planten: Wir machen es genauso wie Sie. Wir packen alles in schöne Förderprogramme bei der NRW Bank, dann hat das auch keinen Einfluss auf den Haushalt und wir stehen genauso seriös und wunderbar da, wie Sie.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Wenn der Warp-Antrieb erfunden wird, werden hoffentlich auch das Holografieren und das Beamen erfunden. Dann würde ich mich nämlich angesichts der hier vorgetragenen Äußerungen schnell hier wegbeamen und nur noch in Form eines Hologramms hier sein.

Es wurde darauf hingewiesen, bis auf die Kollegen Optendrenk und Zimkeit habe sich niemand daran gehalten, nicht eine Generaldebatte zu führen. Der Vorteil einer Debatte im Plenum ist aber die Redezeitbegrenzung. Die haben wir hier nicht.

Vorsitzender Christian Möbius: Man kann sie aber mit einem Geschäftsordnungsantrag beantragen.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Wir sollten in der Tat einmal darüber sprechen. Pressevertreter werden zwar von den Kolleginnen und Kollegen anders versorgt, aber trotzdem traut sich auch keiner von ihnen mehr hier hin, weil niemand dazu Lust hat. Wenn nur die hier sitzen, die da sein müssen, haben wir alle davon nichts. Das soll jeder selbst entscheiden. Ich finde aber, dass man eine Redezeitbegrenzung einführen könnte.

Ich habe mich aber angesichts der genannten Ländervergleiche gemeldet. Ich habe es gerade auf den Seiten des Bundesministeriums für Finanzen noch einmal nachgeschaut. Dort steht eine monatliche Übersicht über die Entwicklung der Länderhaushalte. Herr Witzel hat darauf hingewiesen, es gebe Länder mit einem Haushaltsüberschuss. Die westdeutschen Flächenländer befinden sich aber insgesamt mit einer Neuverschuldung im Minus. Herr Witzel, Sie ziehen immer Vergleiche zu den ostdeutschen Bundesländern. Diese sind aber auch bis zu einem Drittel fremdfinanziert.

Hier sind wir wieder bei einem anderen Thema, das noch auf der Tagesordnung steht: die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Wenn Sie sich einmal die Fachbereiche anschauen, stellt sich die Frage, ob Sie diese Vergleiche überhaupt derart aufrechterhalten wollen. Ein Vergleich der Uckermark mit dem Ruhrgebiet hinkt nicht nur, sondern ist falsch.

(Ralf Witzel [FDP]: Und mit Bayern oder Baden-Württemberg?)

– Wenn Sie die Versorgungsrücklage kritisieren, muss man sich dies in Bayern aber auch einmal genau anschauen. Würde Bayern das machen, was wir machen, hätten sie dort auch keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Baden-Württemberg ist natürlich vorbildlich – das ist klar.

Ich bin Ihnen bezüglich zweier Ihrer Anträge dankbar. Ich habe im Plenum gesagt: Bekennen Sie doch einmal Farbe. – Wir haben es jetzt hier schwarz auf weiß, dass Sie Familien belasten wollen. Sie führen nur den Abbuchungsbetrag im Fall der Qualitätsverbesserungsmittel in Einzelplan 06, also 249 Millionen € an Einsparungen bei den Hochschulen auf. Sie wollen Studiengebühren einführen, die Familien belasten und nehmen den Hochschulen das Geld wieder weg. Die Hochschulen haben davon überhaupt nichts. Es ist ganz klar, was Sie wollen, auch in Bezug auf den Bereich der Kindergartenbeiträge. Ich bin sehr dankbar für diese Vorlage für den Wahlkampf.

Herr Witzel, zu Ihren immer wiederholten Beiträgen zur Umweltbürokratie. Es gibt Programme für die Naturbildung und Träger, die entscheiden, was sie diesbezüglich durchführen. Ich kann über einige Programme auch lachen, sage Ihnen aber gleichzeitig, dass ich seit 20 Jahren Mitglied beim NABU bin. Sie könnten dort wirklich etwas lernen. Ich lade Sie gerne einmal zu so einer Führung ein. Auch wenn es in Ihrem

Mund lächerlich klingt, handelt es sich teilweise um Umweltbildungsmaßnahmen, zu denen auch das Mikroskopieren von allem Möglichen zugehört. Nehmen Sie doch bitte nicht einzelne Bereiche der Umweltbildung, die vielleicht lustige Namen haben, raus, um diesen gesamten Bereich lächerlich zu machen.

Zu dem Stellenabbau, den Sie beim LANUV vorsehen. Sagen Sie doch ganz klar, dass es staatliche Hoheitsaufgaben gibt, die im Falle einer Regierungsbeteiligung der FDP nicht mehr erfüllt würden. Sagen Sie das, und hören Sie auf, den Leuten vorzugaukeln, man könne Stellen einsparen, ohne dass staatliche Aufgaben wegfallen.

(Ralf Witzel [FDP]: Es fallen keine Aufgaben weg!)

Dies gilt auch für die Lebensmittelkontrolle und für die Umweltsicherheit. Erklären Sie doch auch den Unternehmen wie Bayer, Bayer Pharma und Hoechst, dass sie längere Bearbeitungszeiten in Bezug auf Antragsgenehmigungen für Versuchsreihen oder für den Bau neuer Laboreinheiten in Kauf nehmen müssten. Sagen Sie das. Am Ende sind die Leidtragenden nicht die Bürgerinnen und Bürger, die diese Stellen aus Steuermitteln bezahlen, sondern es sind vor allem Unternehmen, die lange Bearbeitungszeiten hinnehmen müssen, und angesichts langer Wartezeiten woanders hingehen. Die Standortentscheidung fiel dann nicht mehr für Nordrhein-Westfalen, sondern für Bundesländer, die eine vernünftige Umweltverwaltung haben. Das wäre die Konsequenz aus Ihrem Antrag. Es handelt sich nicht nur um Augenwischerei, sondern es ist auch höchst wirtschaftsfeindlich. Deswegen lehnen wir das ab.

Ralf Witzel (FDP): Ich kann die letzten Bemerkungen natürlich nicht kommentarlos im Raum stehen lassen, Herr Kollege Abel. Natürlich wünschen wir uns eine Aufgabenkritik im Umweltbereich. Es geht nicht darum, dass Beschäftigte eine Arbeitsverdichtung erfahren, sondern es geht darum, dass sich das LANUV durch die Politik Ihres Umweltministers gezielt mit neuen Aufgaben vollgesogen hat. Sie kontrollieren dort neuerdings tierärztliche Apotheken und führen Widerspruchsverfahren neu ein, und stellen dann fest, dass Sie gar nicht die Personalkapazität dafür haben. Wenn dann dabei die von Ihnen zitierten halbjährigen Bearbeitungsfristen entstehen, ist das durch aktives Handeln dieser Regierung entstanden.

Wir sagen Ihnen: Wenn es weniger Regulierung, weniger Vorschriften und weniger Auflagen gibt, dann werden Stellenkapazitäten frei. Das führt weder zum Stress der Bediensteten noch zu einer Nichtwahrnehmung der tatsächlich wichtigen Aufgaben. Genau diese Aufgabenkonzentration fehlt Ihnen. Sie können immer nur draufsatteln. Dabei geraten ein paar wirklich wichtige Themen und hoheitliche Aufgaben, die es unbestritten wahrzunehmen gilt, aus dem Blick.

Man muss diesbezüglich genau die politische Schwerpunktsetzung vornehmen, die andere Bundesländer auch setzen. Dann würden Sie mit ganz anderen Effizienzrelationen auskommen. Ein Benchmarkvergleich der Bundesländer hilft dabei weiter. Wenn ein Umweltminister immer alles an sich zieht und in jede Frage, die potenziell für diverse Industrieansiedlungsprojekte relevant sein könnte, auch noch reingrätscht und entsprechende Kapazitäten verschlingt, muss einen vieles nicht wundern.

Ihr Umweltminister ist fast überall Bannerträger. Er verzeichnet die höchsten Ausgaben in Bezug auf Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Niemand sonst produziert so viele Papierpublikationen wie er. Es gibt also viele Dinge, an denen Sie sparen können.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Er ist fleißig!)

– Ja, ganz unbestritten ist er fleißig. Wenn er aber nicht alles in dieser Intensität betreiben würde, bräuchte er auch weniger Personal. Sie von den Grünen haben in Bezug auf die Intensität der Aufgabenwahrnehmung eine andere politische Auffassung, deshalb heißt Ihre Partei wahrscheinlich so, wie sie heißt. Unsere hat auch eine andere Auffassung. Die von Ihnen gesetzten Schwerpunkte halten wir für falsch, und wir wollen den Kurs grundlegend ändern. Darüber müssen wir uns unter Demokraten vernünftig auseinandersetzen können. Deshalb haben wir es nicht bei der Nörgelei belassen, sondern Ihnen transparent genau die Maßnahmen vorgelegt, die hier skizziert werden. Wenn es zukünftig etwas weniger Seminare gibt, die sich um Guerilla Gardening und Gartenzwerge kümmern, soll das nicht zum Schaden der Landesentwicklung sein.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Das mit den Gartenzwergen ist frei erfunden, das wissen Sie.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

– Doch! Ich habe das nach Ihrer letzten Plenarrede nachgeprüft. Auch bei den Veranstaltungen zum Stichwort „mystische Hecken“ handelt es sich hauptsächlich um Aktionen der Träger der Naturbildung, die sich entscheiden, das mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld durchzuführen. Sie fragen danach und bekommen eine Antwort. Hören Sie bitte aber damit auf, so zu tun, als säßen im Umweltministerium oder sonstwo Leute, die sich diese Programme ausdachten.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir subventionieren das aber!)

– Ja, und das finde ich auch richtig. Dahingehend unterscheiden wir uns. Ich muss nicht hinter jeder einzelnen Maßnahme stehen, aber wir stehen zu dem Ziel eines vernünftigen Angebots in der Umweltbildung.

Zu Ihrer Kritik an den Aufgaben des LANUV: Es handelt sich zum einen um die Umsetzung neuer Aufgaben, die vonseiten der Bundesebene hinzukommen. Wir haben auch in der letzten Plenardebatte besprochen, dass immer wieder auch unter schwarz-gelb vom Bund und der EU Gesetze kamen, die wir hier umsetzen mussten. Es gibt aber zum anderen auch aufgrund der Umstrukturierungen – um das einmal euphemistisch auszudrücken –, bei der Umweltverwaltung Aufgaben, die während Ihrer Regierungszeit von den Kreisen an das Land gegangen sind. Natürlich existieren dadurch Umstellungen.

Mit dem Hinweis auf die Bearbeitungszeit schießen Sie sich selbst ins Knie, denn diese war damals deutlich länger. Ich lasse mir die Zahlen auch noch einmal herausuchen. Vielleicht stelle ich dazu einmal eine Kleine Anfrage. Die Bearbeitungszeit auch für die Maßnahmen der Industrie ist während unserer Regierungszeit deutlich gesunken.

Sie sprechen von Effizienz. Es gibt Maßnahmen, die wir wollen. Beim Guerilla Gardening handelt es sich nicht um ein Seminar oder ähnliches, sondern um ein Förderprogramm für die Umsetzung von Maßnahmen vor Ort. Ich finde es deutlich sinnvoller als zum Beispiel die Landesgartenschau. Das können wir aber noch einmal ausdiskutieren. Es handelt es sich aber nicht um zusätzliche Vorschriften. Die erlassenen Vorschriften – noch einmal: Sie kommen von höherer Ebene aus dem Bundesrecht oder dem EU-Recht – müssen auch erfüllt werden.

Wenn man fordert, dies müsste alles mit demselben Personalkörper umgesetzt werden, kommen hinterher längere Bearbeitungszeiten heraus. Dann möchte ich Sie einmal sehen. Angesichts eventueller Beschwerden seitens Bayers oder sonstwem über die Bearbeitungszeiten, kämen dann sicherlich Ihrerseits Kleine Anfragen. So einfach, wie Sie es sich machen, geht es nun auch nicht.

Die Milchmädchenrechnung im Bildungsbereich können wir gleich gerne in Bezug auf die einzelnen Anträge oder in der Generaldebatte diskutieren aber dann mit Redezeitbegrenzung.

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Ich frage mich immer, warum so oft so viele Dinge wiederholt werden, die auch noch einmal im Plenum gesagt werden könnten. Diese einzelnen Berechnungen hat sich der Kreis der hier sitzenden mittlerweile häufig genug anhören dürfen.

Herr Witzel, sie frickeln sich jedes Mal schlimmer Zahlen zusammen und treffen Aussagen, die schlicht und ergreifend wahrheitswidrig sind. Ihre Darstellung, aus welchen Gründen die Schuldenbremse nicht in der Verfassung steht, hat mit der Tatsache, dass sie nicht gewollt ist, weil sie so gesetzlich schneller zurückgenommen werden kann, nun wirklich nichts zu tun. Das wissen Sie. Sie wissen, dass definitiv die Verfassungsänderung nicht daran gescheitert ist, dass die demokratischen Fraktionen dieses Landtags nicht damit einverstanden waren, die Schuldenbremse in die Verfassung aufzunehmen. Das ist eine Legende, mit der Sie jedes Mal wiederkommen. Sie ist wirklich nicht anständig. Das muss man einfach einmal sagen.

Zu Ihren Berechnungen. Ja, es gibt agio und disagio. Als ich diesen Vorwurf aus dem Bundestag las, habe ich mich übrigens extra bei unseren Leuten informiert, und gefragt ob es das bei uns auch gibt. Daran mögen Sie sehen, dass es zu keinem Zeitpunkt eine gezielte Größe war. Wir haben festgestellt: Ja, es gibt diejenigen, die Anleihen kaufen und aufstocken möchten. Das geht von demjenigen aus, der die Anleihe gekauft hat.

Wir befinden uns in einer Größenordnung von 140 bis 180 Millionen €. Das ist ein Achtundzwanzigstel dessen, was beim Bund in den Haushalt fließt. Jetzt kann man noch fragen: Ist es zufälligerweise so, dass beim Bund komischerweise alle, die schon Anleihen haben, viel stärker kommen und diese noch einmal aufstocken wollen, oder ist es beim Bund tatsächlich ein Stück gesteuerter? – Das kann ich nicht beurteilen. Tatsache ist nur, dass wir dort – genau wie hier zwischen 140 und 180 Millionen € – über Beträge zwischen 4 und 7 Milliarden € reden, die als agio in einen einzelnen Jahreshaushalt fließen.

Wenn Sie diesen Betrag einmal mit seiner sich einfach aus diesem normalen Bereich ergebenden Zurechnungsmarge, die in den nächsten Jahren drauf kommt, umrechnen, wissen Sie, dass es wirklich überhaupt nicht spürbar ist und dass es überhaupt nicht darum geht, den Haushalt zu verfälschen. Dann müsste ich doch beispielsweise zu einer Zeit, zu der besonders viele Menschen in Pension gehen und deswegen Stellen aus irgendeinem Grund länger nicht besetzt sind als in dem Jahr davor oder in dem Jahr darauf, unterstellen, die Personen seien alle jetzt gerade in Pension gegangen, damit der Haushalt schöner aussieht. Das ist irgendwann wirklich abstrus.

Zu den Studiengebühren. Geben Sie doch einmal zu, dass Ihnen gar nichts einfällt, wie Sie Ausgaben senken können, sondern dass Sie auf der Suche nach Einnahmesteigerungen sind – nichts anderes ist die Studiengebühr. Sie hat mit Ausgaben senkungen überhaupt nichts zu tun

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Genau!)

Statt Steuern wollen Sie eine Gebühr von jemandem haben.

Wenn es mit einem Jahr nicht passt, rechnen Sie einen Haushalt zusammen, in dem es 20 Milliarden mehr sind und alleine 16 Milliarden € aus zwei Posten an Mehrkosten dabei sind. Sie rechnen somit sieben Jahre zusammen, damit es einen Haushalt ergibt. Dann müssen Sie aber auch zusammenrechnen, was in den sieben Jahren an die Kommunen gegangen und was zusätzlich für Personal draufgegangen ist. Dann kommen Sie wieder zu dem Verhältnis, dass im Prinzip weniger an Krediten zusätzlich aufgenommen worden ist, als die Lücke, die sich da ergeben hat.

Das sind alles Dinge, die Sie ganz genau wissen. Sie scheinen jeden Abend zu überlegen, wie man eine neue Zahl erstellt, die vielleicht irgendjemand, der sich weniger damit beschäftigen kann, für plausibel hält. Das hat mit einer normalen sachlichen Auseinandersetzung nichts mehr zu tun.

Ich sitze hier auch nicht, weil ich gerne erzählen würde, es würde mir nicht gelingen, die Verschuldung schneller runterzubringen, sondern ich sehe auch, dass dieses Land Aufgaben hat, die wir erledigen müssen. Vorige Woche im Plenum hat Herr Optendrenk Kirsten Bialdiga zitiert, das Zitat aber falsch aufgeschrieben. Ich habe es mir noch einmal angeschaut. Ich habe immer gesagt: Ich könnte die schwarze Null erreichen, wenn ich den Staat abschaffe. – Letzteres will ich aber nicht. Ich habe nicht gesagt: Wer die schwarze Null will, will den Staat abschaffen. – Das ist eine ganz andere Aussage.

Wir haben Aufgaben zu erledigen. Es gibt gute Gründe, warum in der Verfassung festgelegt worden ist, dass der Haushalt bis 2020 ausgeglichen sein muss. Ich habe immer gesagt, mir käme es darauf an, eine unbestreitbar günstige Situation zu nutzen, beides zu schaffen: nämlich die Verschuldung bis 2020 auf Null herunterzufahren und diese Aufgaben zu erledigen. Wenn wir allein Ihre und auch andere Anträge anschauen, haben wir offenbar verdammt viele Aufgaben, die wir finanzieren müssten. Wir haben aber gleichzeitig die Senkung der Neuverschuldung nicht aus dem Auge verloren.

Wir könnten uns stundenlang über den gesamten Rest und die unglaublichen Berechnungsgrundlagen unterhalten. Wenn man es aber wirklich ernst meint und die Sache vorantreiben will, muss man davon eine ganze Menge abspecken.

Ralf Witzel (FDP): Eine kurze Nachfrage, Herr Finanzminister, denn Sie haben gesagt, sie wollten, dass nicht falsch zitiert wird. Sie haben uns gestern eine Vorlage zugestellt, in der steht: „Auf dem Disagiotitel ... sind Einnahmen i.H.v. rd. 140 Mio. Euro zu verzeichnen.“ – Ich verstehe diese 140 Millionen € als Delta: agio minus disagio ergibt 140 Millionen €. Anders kann ich es angesichts der von Ihnen dargestellten Sachverhalte nicht lesen.

Was ist an der Aussage falsch, dass Sie durch diesen Effekt 140 Millionen € mehr an Verfügungsmasse im Haushalt haben, das aber mit höheren Zinszahlungen im nächsten Jahr erkaufen? Was ist an dieser Beschreibung sachlich falsch?

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM): Daran ist falsch, dass ich es nicht erkaufe, denn es ist keine Aktion – und das ist ja Ihre Unterstellung. Sie bringen das im Zusammenhang mit dem Schummeln im Landeshaushalt. Das ist schlicht und ergreifend eine bösartige Unterstellung, die ich zurückweise.

Abstimmungen über die Änderungsanträge

(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/13700 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)

Einzelplan 02: Ministerpräsidentin

Zu: Kapitel 02 025, Titel 685 40

Antrag der Fraktion der FDP

(siehe Drucksache 16/13700, Seite 34)

Ralf Witzel (FDP) appelliert an die Abgeordneten der SPD-Fraktion, dem Antrag zuzustimmen. Viele Minister der SPD würden das hier von der FDP zur Kürzung vorgeschlagene Phänomen aufgrund der Blockadewirkung der „durchgrünter Gesellschaft“ kritisierten. Die SPD-Abgeordneten müssten sich demnach dem Kürzungsantrag für die Klimaschutz GmbH anschließen können, denn es handele sich genau um die Aspekte des Klimaschutzplans, die häufig bemüht würden, um Vieles im Bereich „Industrie und Infrastruktur“ zum Erliegen zu bringen.

Er habe sich einen Überblick verschafft, welche Projekte bislang aus diesen Geldern finanziert worden seien. Dazu zählten Projekte wie „VeloKitchen“ – Fahrradwerkstatt mit veganer Kochstube, „Lust auf Luft“, „Ausbildung zum Chemiemonsterjäger“, „Bau eines Solarkochers“, „Nijambo – ein Riesenglobus erzählt Geschichten über das Glück“, „Kreativ-sinnliche Naturerfahrung“, „Der Bergbau geht, die Bieber kommen“, „Kosumkritischer Stadtrundgang“, „Thementag Papierkram“, Multivisionsshow „Fair Future“ und „Gutes Klima im Einkaufskorb“. Dies seien genau die Projekte, welche die Minister Groschek, Duin und Walter-Borjans meinten, wenn sie von der „durchgrünten Gesellschaft“ und von anderer Schwerpunktsetzung in Bezug auf arbeitsplatzschaffende Industriethemen sprächen.

Er hege vor diesem Hintergrund die Hoffnung, dass sich die SPD diesem Kürzungsantrag anschließen könne.

Stefan Zimkeit (SPD) erwidert, er müsse Ralf Witzel enttäuschen. Beschäftige sich dieser einmal mit den Projekten und besuche dementsprechende Veranstaltungen, stelle er fest, dass es im Kern um ganz andere Dinge gehe. Die Veranstaltungen sollten nämlich Klimawandel, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung miteinander verbinden.

Er empfehle Ralf Witzel, den Park Zeche Lohberg anzuschauen, wo versucht werde, einen klimaneutralen Stadtteil ohne CO₂-Produktion zu entwickeln und gleichzeitig Arbeitsplätze, wirtschaftliche Innovation und Energieversorgung zu schaffen bzw. sicherzustellen. Der Abgeordnete verweist auch auf das in Bottrop gestartete und mittlerweile auf viele andere Städte ausgedehnte Projekt InnovationCity, bei dem Stadtteile klimaneutral ausgebaut würden und die Stadtentwicklung vorangebracht werde.

Ralf Witzel falle angesichts dieser Projekte nichts anderes ein, als die Verbindung von Klimaschutz und Arbeitsplätzen ins Lächerliche zu ziehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zu: Kapitel 05 300, Titelgruppe 63

Antrag der Fraktion der FDP

(siehe Drucksache 16/13700, Seite 100)

Ralf Witzel (FDP) erinnert, man habe zuletzt bei der Haushaltsklausurtagung über dieses Thema gesprochen. Die Regierungskoalition merke sicherlich selbst, dass angesichts der großen Notwendigkeiten in der qualifizierten Personalrekrutierung in unterschiedlichen Bereichen bei Fachlehrern bestimmter Fächerkombinationen genauso wie bei sonderpädagogischen Lehrämtern objektiv Rekrutierungsprobleme bestünden. Man weise Stellen in Haushaltsansätzen aus, für die nicht sofort und auch mit zeitlicher Verzögerung längst nicht immer Bewerber mit dem eigentlich vorgesehenen Qualifikationsprofil existierten.

Genau aus diesem Grund sei in den letzten Jahren aus den Reihen der Opposition immer wieder angeregt worden, eine Schulverwaltungsassistenz einzurichten. Er sehe es als eine Frage der Effizienz, wenn die rein administrativen Arbeiten nicht von Pädagogen mit Vollstudium erledigt würden.

Als entscheidend sehe er die Erbringung der Unterrichtsleistung an. Schüler müssten die vorgesehene Anzahl an Unterrichtsstunden bekommen und nicht das, was statistisch äquivalent an Vollzeitstellen im Haushaltsplan stehe. Mehrere Tausend Stunden würden nach nicht von der FDP stammenden Berechnungen, sondern nach Berechnungen, die das Schulministerium schon zu Beginn der Legislaturperiode zur Verfügung gestellt habe, durch Befreiungstatbestände für Verwaltungsaufgaben eingesetzt. Dazu zähle, dass Lehrer Verantwortung für die Geräteausstattung der Turnhalle oder für die Pflege der Schulbibliothek übernähmen, was aber auch von Verwaltungskräften übernommen werden könne.

Er begreife dies auch als eine Frage der Existenz, denn die Regierung gebe unnötig viel Geld aus. Es handele sich aber auch um eine Frage der Qualität, weil man knappe Lehrerressourcen einsetze, die an anderen Stellen fehlten.

Seine Fraktion glaube – ihr Antrag beziehe sich auch nur auf einen Teil der Freistellungsstunden für Verwaltungsaufgaben –, dass von diesem Vorschlag alle Beteiligten profitierten. Man schaffe damit auch zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitskräfte, deren Jobs in vielen Sparten zum Beispiel durch die Digitalisierung bedroht seien und die an Schulen eine gute Verwendung finden könnten.

Vorsitzender Christian Möbius weist darauf hin, die Inhalte in Bezug auf die Schulverwaltungsassistenz seien aus den letzten Haushaltsjahren hinreichend bekannt.

Stefan Zimkeit (SPD) möchte trotzdem Ralf Witzels Äußerungen nicht im Raum stehen lassen, denn dieser habe die Kehrseite der Medaille nicht erwähnt. Die FDP wolle 1.500 Lehrerstellen streichen, was man vonseiten der SPD in der jetzigen Situation für einen vollkommen falschen Ansatz halte. Wenn Ralf Witzel den Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern in Bibliotheken beschreibe, und suggeriere, diese sortierten dort nur Bücher, erwecke er außerdem den Eindruck, die Trennung zwischen Verwaltung und anderen Aufgaben sei einfach zu vollziehen. Das sei natürlich falsch, denn es gehe auch dort um pädagogische Arbeit. Die dargelegte Gleichsetzung halte er für viel zu vereinfacht.

Insbesondere weil man die Streichung der 1.500 Lehrerstellen ablehne, könne man dem Antrag nicht zustimmen.

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung

Zu: Kapitel 06 100 Titelgruppe 72

Antrag der Fraktion der FDP

(siehe Drucksache 16/13700, Seite 145)

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) legt dar, laut Begründung wolle die FDP die Studienbeiträge nachgelagert erheben. Nun werde aber eine Einmalkürzung, die sofort fällig würde, beantragt. Er frage, wie dieser Gap finanziert werden solle.

Ralf Witzel (FDP) antwortet, es solle niemand gezwungen werden, den Betrag nachgelagert zu bezahlen, aber wer es wolle, könne dies tun. Genau dies habe der damalige Minister Dr. Pinkwart zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung von 2005 bis 2010 angeboten. Schwarz-Gelb habe von 2005 bis 2010 bei der NRW.BANK Studienkreditdarlehen aufgelegt. Die NRW.BANK habe diese zu ganz geringen Konditionen sofort und dann die Studierenden bei Eintritt ins Berufsleben mit entsprechenden Verdienstmöglichkeiten beglichen. Eine Sonderbelastung des Haushalts habe es dadurch nicht gegeben, sondern dies habe die NRW.BANK im Rahmen des laufenden Geschäftes abgewickelt. Die damalige Erfahrung habe gezeigt, dass nur jeder zehnte nachgelagert bezahlt habe.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) verweist auf Änderungen beispielsweise im BAföG seit 2010. Vor dem Hintergrund frage er, ob bei dem von der FDP angedachten Modell Ausnahmen für das BAföG vorgesehen seien und wie damit umgegangen werde, dass beispielsweise beim elternunabhängigen BAföG Bildungskredite nicht finanziert werden dürften.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, man orientiere sich bei dem vorgeschlagenen Modell an den guten Erfahrungen aus der schwarz-gelben Regierungszeit. Details des Gesamtkonzepts könne dem Wahlprogramm seiner Fraktion für 2017 entnommen werden.

Die Koalitionsfraktionen hätten auf Druck der Linkspartei in der letzten Legislaturperiode basierend auf den alten, historischen Studentenzahlen für eine haushalterische Kompensation gesorgt und seitdem die Mittel nicht den veränderten Studentenzahlen angepasst. Deshalb seien die Scherenblätter auseinandergegangen. Es gebe immer Ausreißer, aber im Allgemeinen habe sich die Finanzierungsrelation der Qualitätsmittel pro Kopf der Studenten verschlechtert. Das von seiner Fraktion vorgeschlagene Modell wachse jedoch auf. Wenn es 10 % mehr Studenten gebe, dann gebe es auch 10 % mehr Einnahmen. Das heiße, bei diesem Modell könne sich pro Kopf nichts verschlechtern.

Vorsitzender Christian Möbius bittet darum, die Fachdiskussionen im Fachausschuss und nicht im Haushalts- und Finanzausschuss zu führen.

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Zu: Kapitel 11 010 Titel 518 01

Antrag der Fraktion der FDP

(siehe Drucksache 16/13700, Seite 313)

Auf eine Nachfrage von **Vorsitzender Christian Möbius** teilt **Stefan Zimkeit (SPD)** mit, bei dem nicht im Kompendium nicht enthaltenen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen gehe es nur um eine Umbenennung und Erweiterung des Zwecks. Um das heutige Verfahren zu beschleunigen, werde man diesen Änderungsantrag ins Plenum einbringen.

Zu: Kapitel 11 010 Titel 547 11

Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN

(siehe Drucksache 16/13700, Seite 321)

Ralf Witzel (FDP) bittet um Darstellung des Hintergrunds für diesen Änderungsantrag.

Stefan Zimkeit (SPD) lässt wissen, im Haushalt seien 200.000 € für Konzeptentwicklung in dem in Rede stehenden Bereich veranschlagt. Da mit diesem Haushaltsantrag die Konzepte umgesetzt würden, würden diese Mittel möglicherweise nicht benötigt, sodass diese Mittel für die Maßnahmen, um die es gleich gehe, eingesetzt werden könnten.